

## **Stenografischer Bericht**

– ohne Beschlussprotokoll –

– öffentliche Anhörung –

7. Sitzung – Kulturpolitischer Ausschuss

21. August 2019, 17:30 bis 19:53 Uhr

### **Anwesend:**

Vorsitz: Karin Hartmann (SPD)

### **CDU**

Sabine Bächle-Scholz  
Ines Claus  
Thomas Hering  
Claudia Ravensburg  
Armin Schwarz  
Frank Steinraths  
Uwe Serke

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kathrin Anders  
Silvia Brünnel  
Frank Diefenbach  
Daniel May  
Katrin Schleenbecker

### **SPD**

Christoph Degen  
Kerstin Geis  
Manuela Strube  
Turgut Yüksel

### **AfD**

Rolf Kahnt  
Heiko Scholz

### **Freie Demokraten**

Dr. Matthias Büger  
Moritz Promny

### **DIE LINKE**

Elisabeth Kula

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Marina Zahn  
 SPD: Anja Kornau  
 Freie Demokraten: Birgit Müller  
 DIE LINKE: Nicole Eggers

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Keßner, Johannes	MR	HKM
WIBNER, Kai	SR	HKM
Röllig, Alexander	ROR	Stk
Kloft, Carina	MR'in	HKM
Prof. Dr. R. Alexander Lorz	M	HKM
Dr. Manuel Lösel	StS	HKM
Prof. Dr. Kristina Sinemus	M	HMinD
Patrick Burghardt	StS	HMinD

Protokollführung: Iris Staubermann

**Anwesende Anzuhörende**

<b>Institution</b>	<b>Name</b>
Hessischer Städtetag Wiesbaden	Referatsleiterin Anita Oegel
Hessische Lehrkräfteakademie Frankfurt	Präsident Andreas Lenz
Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung Frankfurt am Main	Geschäftsführender Direktor Prof. Dr. Holger Horz und Geschäftsführerin ABL Dr. Angela Gies
Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) der Justus-Liebig- Universität Gießen	Vizepräsidentin Prof. Dr. Verena Dolle und Dipl.-Theol. Patrik Mähling
Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) der Philipps- Universität Marburg	Direktor Dr. Ulrich Vogel und Geschäftsführerin Annette Huppert
Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) der Universität Kassel	Stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Rita Wodzinski
Hochschule für Musik und Darstellende Kunst FB 2: Lehrämter, Wissenschaft und Komposition Frankfurt am Main	Dekanin Prof. Dr. Katharina Schilling-Sandvoß
Verband Bildung und Erziehung Landesverband Hessen (VBE) Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im DBB Mainhausen	Vorsitzender Stefan Wesselmann und Petra Weber-Laßmann
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Frankfurt	Andrea Gergen und Dr. Roman George
Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Hessischen Kultusministerium Wiesbaden	Christina Nickel
Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V. Wiesbaden	Maren Frangen
Vereinigung der Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten des Landes Hessen e. V. Walluf	Stellvertretende Vorsitzende Marion Weßling
Hessischer Philologenverband Wiesbaden	Andreas Lotz
Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen in Hessen Gießen	Vorsitzende Annette Greilich und Martina Holl

Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen Wiesbaden	Vorsitzender Thomas Schwarze
ak Lehrerbildung Hessen	Landessprecher Martin Böhne
dlh – Deutscher Lehrerverband Hessen	Jürgen Hartmann
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen (GLB) Hanau	Landesvorsitzende Monika Otten
Grundschulverband Landesgruppe Hessen	Vorstand Mario Michel
Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter Haingartenschule Bruchköbel	Vizevorsitzende Cornelie Seedig
Landeschülerversammlung Hessen	Sprecher Tom Sohl
Landeselternbeirat von Hessen (LEB) Wiesbaden	Korhan Ekinci und Herr Großmann
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah) Wiesbaden	Referentin Ulrike Bargon
Juso-Hochschulgruppen Hessen	Helena Wolf

**Vorsitzende:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach dem ersten Anhörungsmarathon starten wir nun den zweiten Marathon, leider mit etwas Zeitverzug. Als Beginn war 17 Uhr geplant. Jetzt sind wir bei 17:30 Uhr. Nach dem alten Zeitplan wären wir mit der Anhörung gegen 19 Uhr fertig gewesen, jetzt sind wir etwa bei 19:30 Uhr. Im Anschluss an diese Anhörung wird noch die Ausschusssitzung stattfinden. Deshalb möchte ich Sie mit Blick auf die ambitionierte Planung des Ausschusses bitten, sich sehr kurz zu fassen, schriftliche Stellungnahmen nicht noch einmal vorzulesen und sich auf das Nötigste zu beschränken. Das gilt sowohl für die Anzuhörenden als auch für die fragenden Abgeordneten.

Mit diesem Vorwort darf ich fragen, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gibt. Die Tagesordnung bezieht sich auf die Anhörung. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Beschlussfassung fest und rufe auf:

### **Öffentliche mündliche Anhörung**

zu dem

#### **Gesetzentwurf**

#### **Fraktion der SPD**

#### **Gesetz zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen – (Hessisches Lehrkräftebildungsmodernisierungsgesetz (HLbMG))**

– Drucks. [20/790](#) –

hierzu:

Stellungnahmen der Anzuhörenden

– Ausschussvorlage KPA 20/3 –

(Teil 1 und 2 verteilt am 15.08., Teil 3 verteilt am 19.08., Teil 4 verteilt am 20.08.19)

In meiner Liste der Anzuhörenden bilden die kommunalen Spitzenverbände den ersten Block. Hierzu darf ich Frau Oegel für den Hessischen Städtetag aufrufen.

Frau **Oegel:** Wir vertreten die großen Städte mit Schulträgerschaft. Als Schulträger sind wir für die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten zuständig, während das Land für die inneren zuständig ist. Im Großen und Ganzen mischen wir uns als Schulträger nicht in die inneren Schulangelegenheiten ein.

Gleichwohl kommt gelingende Bildung und Betreuung, wie sie im Schulgesetz vorgesehen sind, natürlich in unseren Städten und Gemeinden im täglichen Leben an. Der Schulalltag bildet zunehmend auch die veränderten Lebensverhältnisse ab und ist ein anderer als vor Jahrzehnten. Wir treten stark dafür ein, dass sich diese veränderten Lebensverhältnisse insbesondere schon während der Lehrerausbildung in den Köpfen der künftigen Lehrerschaft abbilden.

Wir haben in den Kommunen die ganztägige Beschulung, die Inklusion, die Integration oder, wie in der vorherigen Anhörung gehört, die digitale Entwicklung. Dass das manchmal in den Köpfen der Lehrerschaft noch nicht so für ihren Berufsalltag angekommen ist, mag auch daran liegen, dass ihr Berufsbild im Alltag der Kommunen und im Schulbereich noch nicht ganz so präsent ist.

Ich will hier zwei Beispiele nennen. Wir haben den sogenannten Pakt für den Nachmittag, die Betreuung am Nachmittag insbesondere in den Grundschulen. Wir hatten ganz große Probleme in verschiedenen größeren Städten, in denen die Kommunen mit eigenen Mitteln zusätzlich in den Pakt für den Nachmittag einsteigen sollten, sie das aber nicht konnten, weil die Lehrer einen entsprechenden Antrag stellen mussten. Die Lehrer wollten das nicht, weil offensichtlich noch das Berufsbild eines Halbtagsgrundschullehrers herrscht: Das geht mich mehr oder weniger nichts an; darum muss ich mich nicht kümmern.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen, wo wir uns mehr Zusammenarbeit wünschen. Das ist beim Support für digitale Bildung so. Wir haben in der vorherigen Anhörung gehört, dass Lehrer den Support seitens der Schulträger einfordern – bei größeren oder mittleren Anforderungen zu Recht. Wir haben momentan noch die sogenannte Schule@Zukunft-Vereinbarung. Sie sieht vor, dass der First-Level-Support – genau beschrieben – durch die Schule sicherzustellen ist. Das wird den Lehrern aber offensichtlich nicht vermittelt. Ich kann mich erinnern, dass Schulträger-Supporter gerufen wurden. Man hat dann simpel festgestellt, dass ein Stecker locker war. Das sind Kleinigkeiten, bei denen man an die Verantwortung der Lehrerschaft appellieren muss.

Ansonsten gilt das, was wir in den Kommunen anbieten, nämlich Kurse zum lebenslangen Lernen. Lebenslanges Lernen gilt in der Wirtschaft, gilt aber auch für die Lehrerschaft. Immer nur auf Freiwilligkeit bei der Fortbildung im Schulalltag zu setzen, ist manchmal nicht unbedingt zielführend.

**Vorsitzende:** Damit sind wir auch schon am Ende des ersten Blocks. Ich darf fragen, ob es Wortmeldungen zu diesen Ausführungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Stellungnahme und rufe den zweiten Block auf. Für die Hessische Lehrkräfteakademie Frankfurt hat sich Herr Präsident Andreas Lenz angemeldet.

Herr **Lenz:** Zum einen ersehe ich aus der Anlage des Gesetzentwurfes, den die SPD vorgestellt hat, dass man offensichtlich der Meinung ist, Bachelor und Master für alle Lehrämter wären ein großer Vorteil. Das sehe ich kritisch. Wir sehen jetzt schon bei der Berufsschullehrerausbildung, dass die dort angelegte Polyvalenz nicht dazu führt, dass mehr und mehr Berufsschullehrkräfte, die an den Universitäten ausgebildet werden, ins Referendariat kommen. Wir sind mehr und mehr auf Quereinsteiger angewiesen. Der Quereinstieg innerhalb der Universitäten, der möglich ist und den ich hier und da auch sehe, führt nicht dazu, dass wir Lehrkräfte in nennenswertem Umfang gewinnen.

Zum anderen möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass am 11. Juni in der „FAZ“ ein Artikel erschienen ist, der eine Untersuchung zitiert. Danach wurde auch anderswo festgestellt, dass man nicht nur im Berufsschullehramt die Umstellung von Staatsprüfungen auf Bachelor- und Masterausbildungen durchaus kritisch sieht und davon ausgeht, dass man in der Tendenz nachher weniger statt mehr Lehrkräfte hat.

Da sollte man aus meiner Sicht noch mal genauer hinschauen. Ich bin sehr gespannt, wie die Kolleginnen und Kollegen der Universitäten und anderer Verbände das sehen.

Es hat zudem aus meiner Sicht einen Nachteil. Wir sind ja eine Institution, die die Staatsprüfungen abnimmt und dadurch auch in der Lage ist, Sonderprogramme zu fahren. Das ist nicht nur ein Thema des momentanen Lehrermangels in eigentlich allen Ländern. Das hat es schon immer gegeben, dass man in Spezialfällen ein Lehramt, ein Fach oder was auch immer anpassen muss. Diese Sonderprogramme rein universitär zu fahren, ist eine sehr schwierige und sehr teure Angelegenheit. Ich glaube, mit der Umstellung komplett auf Bachelor und Master geht das nur über die Universität. Es wäre für das Land Hessen wesentlich teurer, würde länger dauern und hat bestimmte Schwierigkeiten, wenn man das z. B. mit Schulunterricht kombiniert. Das können wir besser auffangen.

Besonders kritisch sehe ich eines. Der Landtag hat doch eine Evaluation des Praxissemesters in Auftrag gegeben. Ich fände es gut, wenn man erst mal die Ergebnisse zur Kenntnis nähme, die noch gar nicht vorliegen, um daraus Rückschlüsse zu ziehen. Das war eine Vereinbarung zum Praxissemester als Experiment. Das ist ungewöhnlich genug für ein Gesetz. Ich finde, dass man das jetzt anstehende Ergebnis abwarten sollte, um darauf fußend einen Gesetzesvorschlag zu machen.

Nicht ganz einverstanden bin ich damit – wen wundert es? –, dass der Lehrkräfteakademie die erforderliche Zielorientierung fehlt, weswegen man einen Kolleg-Gedanken in das Gesetz einbringt, den ich zugegebenermaßen nicht so ganz verstanden habe, der aber wieder in unsere Struktur eingreift. Ich glaube, dass wir Strukturdebatten gerade über eine so nachgeordnete Behörde wie die, die ich leite, zur Genüge geführt haben und man doch erst mal Ruhe einkehren lassen und uns bei unserer Struktur belassen sollte.

Gut finde ich die Konzentration auf prioritäre Themen. Da sind wir schon ein ganzes Weilchen unterwegs. Ich finde es zielführend, dass man darauf fokussiert und mit den Universitäten darüber ins Gespräch kommt, welches diese prioritären Themen sind und wie man die schon in die erste Phase einbauen kann. Sie zählen die auch auf: inklusiver Unterricht, Ganzttag, Berufsorientierung, digitale Medien, Berufseinstiegsphase etc. Das sind schlechterdings die prioritären Themen.

Die Frage ist, wie man das genau macht. Einfach zu hoffen, wenn das Studium für alle länger dauert, geschieht das irgendwie, halte ich nicht für den richtigen Ansatz. Es ist immer auch ein Verdrängungswettbewerb und eine Frage, ob man nur additiv etwas dazu packt. Eine Diskussion darüber, was die Grundlage dessen ist, was man am Ende eines Lehramtsstudiums mitbringen soll, woran die zweite Phase andockt und wie man in den Beruf startet, kann nicht allein von dem Gedanken geleitet sein, dass möglichst alle Probleme bewältigbar sind. Davon träumt man immer. Davon träume ich persönlich auch. Davon träumt die ganze Akademie. Nur muss man sich dann fairerweise fragen, wo man eine Grenze zieht und sagt, wenn es weniger ist, funktioniert es nicht. Mehr ist immer schön.

Als Vater sage ich, die jungen Leute wollen irgendwann auch fertig werden. Ich weiß nicht, ob sie davon beseelt sind, wenn wir alles verlängern: das Studium, das Referendariat und dann noch die Berufseinstiegsphase. – Irgendwann wollen sie mal Lehrerin und Lehrer werden, starten und ihre beruflichen Erfahrungen machen. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Gut.

**Vorsitzende:** Die nächste Zusage liegt mir von der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung vor. Der geschäftsführende Direktor, Professor Dr. Holger Horz, und die Geschäftsführerin Dr. Angela Gies sind da.

Herr **Prof. Dr. Horz:** Wir haben uns seitens der Lehrkräfteausbildenden Universitäten schon vor etwa drei Jahren auf gemeinsame Eckpunkte verständigt, die uns für eine zukunftsorientierte Lehrkräfteausbildung notwendig scheinen. Jenseits dessen, was in unseren Stellungnahmen niedergelegt ist, möchte ich noch ein paar Punkte adressieren.

Lehrkräfteausbildung bedarf der Annahme neuer Aufgaben, die beispielsweise unter die Begriffe Diversität, Heterogenität und Inklusion fallen oder das eben schon angesprochene Digitalisierungsthema aufgreifen. Diese Dinge dürfen nicht einfach nur additiv drangehangen werden. Da würde ich Herrn Präsident Lenz sofort recht geben. Sie bedürfen auch einer Vernetzung mit bestehenden Inhalten sowohl auf fachlicher, fachdidaktischer als auch bildungswissenschaftlicher Perspektive und – das ist aus meiner Sicht eigentlich das wichtigste Thema, das noch stärker fokussiert werden muss – der phasenübergreifenden Ausbildung. Wir müssen zu einer Lehramtsausbildung aus einem Guss kommen. Es darf nicht sein, was heute immer noch viele Studierende berichten. Wenn sie in den Vorbereitungsdienst gehen, wird ihnen zuerst gesagt: Vergesst, was ihr an der Uni gehört habt. Jetzt geht es erst richtig los.

Das ist Unfug. Das ist schädlich und führt dazu, dass wir diese komplexen Themen, die ein lebenslanges Lernen erfordern, weil sich unsere Gesellschaft dementsprechend wandelt, nicht adäquat adressieren. Um dies aus einem Guss zu bekommen, bedarf es einer ganzen Reihe struktureller Maßnahmen. Ich nenne als Beispiel etwas, was in dem Gesetzentwurf der SPD noch nicht so klar zum Vorschein kommt: Wie bekommt man alle Akteure zu gemeinsamen strategischen Planungen an einen Tisch: Lehrkräfteakademie, Kultusministerium, Studienseminare und Universitäten? – Hier bedarf es gemeinsamer Strukturen. Hier bedarf es gemeinsamer, verteilter Verantwortlichkeiten, die für jeden transparent sind. Wir bedürfen weiterhin – das sage ich in meiner Funktion als Sprecher der Evaluationsgruppe Praxissemester – einer Berücksichtigung der dort formulierten Ergebnisse. Die Ergebnisse werden am 30. September übergeben. Sie konnten in den Gesetzentwurf natürlich noch nicht unmittelbar Einfluss finden, weil das Wissenschaftsministerium der erste Adressat dieser Ergebnisse sein wird. Da werden sie dann hoffentlich zeitnah disseminiert werden.

Ganz sicher und leicht zu verstehen ist, dass wir heute mehr Möglichkeiten brauchen, um ein Praktikum zu adressieren. Es gibt nämlich unterschiedliche Zugänge. Es gibt Menschen, die per Quereinstieg hinzukommen. Wir wollen kein Heißpressverfahren wie in anderen Bundesländern, wo bildungswissenschaftliche Expertise zurückgedrängt wird. Wir wollen nicht wieder in die 60er-Jahre der sogenannten Mikätzchen zurück. Das darf nicht unsere Zukunft sein. Unsere Zukunft muss eine professionalisierte Lehrkräfteausbildung sein. Das ist eine Herausforderung, wenn man keine Verlängerungsoptionen insbesondere bei L1 und L2 in Kauf nimmt. Das ist ein Statement der Hochschulen. Bei L3 wird man sich überlegen müssen, wie man ohne Verlängerung trotzdem neue Inhalte einbringt. Das Studium ist lang. Die Leute müssen zu einem Ende kommen.

Hierzu ist das genannte Problem nicht, dass die Studierenden zu wenig Praxis haben. Ein sich an allen Hochschulen inzwischen herausstellendes Faktum ist, dass unsere Lehramtsstudierenden schon sehr frühzeitig praktische Erfahrungen haben – viel mehr als uns lieb sein kann. Die werden zum Teil in nichtintendiertem Sinne schon in U+ eingesetzt.

Ich stehe als geschäftsführender Direktor für 6.700 aktuell Studierende, von denen bei der letzten Befragung mehr als 5.000 angaben, schon in der Schule zu arbeiten. Das ist meistens am Nachmittag der Fall. Aber wir haben auch Fälle in nicht einstelliger Zahl, bei denen schon Zweit- und Drittsemester Klassenführungen übernehmen. Das ist ein Faktor der Deprofessionalisierung. Ich bekomme Anfragen von Schulleitern, ob ich mal eben 15 bis 20 Fortgeschrittene – nach dem dritten Semester MINT-Studierende – bereit hätte, weil man jetzt so eine Lücke habe. Das sind Indikatoren. Ich kann es noch nicht substantiell verifizieren. Wir sind gerade dabei, in Erfahrung zu bringen, über welche Größenordnung wir reden. Aber jetzt verstehen wir, warum trotz permanenten Aufwuchses nicht mehr in der Schule ankommt. Die Studenten fahren inzwischen länger, da sie nebenerwerblich in hohem Maße mehr und mehr in den Schulen tätig werden. Reden Sie mit den Dozenten an den Universitäten. Der Hauptsatz, den diese zu hören bekommen, ist: Ich bin doch schon lange in der Schule. Was soll ich denn hier überhaupt noch lernen?

Lehrkraftausübung gilt wieder als nichtprofessionalisiertes Thema, für das man Abiturienten einsetzen kann. Das ist nicht unsere Stoßrichtung. Wir bitten darum, den Gesetzentwurf mit seinen positiven Aspekten wahrzunehmen. Er greift sehr stark diese Professionalisierungsidee auf, die wir sehr stark unterstützen. Daher wäre unser Anliegen eine phasenübergreifende Ausbildung. Die Idee der Einphasigkeit sollte kritisch hinterfragt werden. Vielleicht muss man nicht gleich den Vorbereitungsdienst aufgeben, ihn aber stärker einbinden und mit den anderen Phasen vernetzen. Das ist unser Hauptanliegen.

**Vorsitzende:** Ich blicke noch mal auf die Uhr und bitte, die fünf Minuten nicht zu überschreiten, sondern eher zu drei Minuten zu tendieren und weniger Zeit zu verbrauchen.

Als nächste Zusage liegt mir die des Zentrums für Lehrerbildung der Justus-Liebig-Universität Gießen vor. Hier sind Frau Vizepräsidentin Professorin Dr. Verena Dolle und Herr Diplom-Theologe Patrik Mähling angemeldet.

Frau **Prof. Dr. Dolle:** Um Ihren Vorschlag aufzugreifen, es kurz zu halten, möchte ich nur ein paar Punkte adressieren. Die Idee der gestuften Studiengänge, das wissen Sie, erscheint der Justus-Liebig-Universität sinnvoll, um die Möglichkeit zu geben, dass sich die Studierenden zu einem späteren Zeitpunkt bewusst für ein Lehramt entscheiden. Dadurch kann man die Ausbildung zur Lehrkraft qualitativ absichern. Das haben wir seit 2009 immer wieder gesagt. Das ist Ihnen nicht neu.

Zu einem weiteren Punkt kann ich nur das aufgreifen, was der Präsident der Lehrkräfteakademie und Kollege Horz gesagt haben. Natürlich ist es wichtig, die Evaluation des Praxissemesters abzuwarten und für alles, was Praxisphasen, Praxissemester angeht, die Ressourcen und Betreuungsfragen und auch die räumlichen Aspekte zu berücksichtigen. Frankfurt ist anders als z. B. der Vogelsbergkreis. Mit diesem organisatorischen Aufwand, den es bedeutet, die entsprechenden Praktikumsplätze zu

finden und die Menschen dorthin zu bringen, zurückzubringen und auch ordentlich zu betreuen, steht und fällt das Ganze. Das muss unbedingt berücksichtigt werden.

Phasenübergreifend: Ich würde dem zustimmen, wie es die Gießener Offensive Lehrerbildung ganz deutlich praktiziert.

Ich würde Sie auch bitten, zu berücksichtigen, dass wir in Hessen eine ausgesprochene Expertise haben, was die Lehrerbildung angeht – wir sind in der Qualitätsoffensive sehr erfolgreich gewesen –, und zu überlegen, wieder einen Expertenrat zusammenzurufen, um die Akteure aus den unterschiedlichen Feldern zusammenzubringen und sich der Lehrerbildung als extrem wichtigem Feld weiter zu widmen.

**Vorsitzende:** Als nächste Zusage rufe ich das Zentrum für Lehrerbildung der Philipps-Universität Marburg auf. Es sind Herr Direktor Dr. Ulrich Vogel und Geschäftsführerin Annette Huppert anwesend.

Herr **Dr. Vogel:** Das Papier, von dem Herr Horz gesprochen hat, ist auch bei uns der Hintergrund dessen, was wir denken und machen. Lassen Sie mich nur drei kurze Punkte zu den für uns wesentlichen Aspekten des Gesetzes sagen.

Die Verlängerung der Studienzeit, die viele für problematisch halten, halte ich nicht für so problematisch. Im Gegenteil, ich halte es sogar für erforderlich, dass wir auch im Lehramtsstudiengang für die Gymnasien diese Zeit haben, und zwar gerade dann, wenn wir Querschnittsthemen vernünftig adressieren müssen und wollen.

Die meisten von Ihnen werden gehört haben, was vorhin zur Digitalisierung gesagt wurde. Das erfordert natürlich auch für die erste Phase Anstrengungen, die irgendwo im Zeitfenster passieren müssen. Das ist das eine.

Das andere ist, zu den Praxisphasen teile ich alles, was gesagt wurde. In der Tat muss man sich erst mal die Evaluation des Praxissemesters anschauen. Man muss sich aber auch eines klarmachen. Wenn man es vernünftig machen will, sind das vielleicht die betreuungsintensivsten Veranstaltungen, die wir haben. Genau darum geht es: vernünftige Betreuung, vernünftige Reflektionsinstrumente zu entwickeln und einzusetzen, damit Menschen etwas lernen und nicht in einem naiven Praxisverständnis Erfahrungswissen kumulieren. Das kann keine Grundlage für gute Lehrerbildung sein. Es ist uns wichtig, darauf zu schauen. Das bezieht natürlich auch unseren eigenen Modellversuch der Marburger Praxismodule ein, die zu allem Möglichen passfähig, aber anders sind als das, was die anderen Standorte gemacht haben. Das ist uns wichtig.

Ein interessanter Gedanke im Gesetz war, dass so ein Fach wie Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache regulären Schulfachcharakter bekommen sollte. Das ist angesichts dessen, was wir haben, natürlich sinnvoll. Das sind gute Ideen, die da gedacht sind. Man sollte sie für zukünftige Aufschläge in der Richtung bewahren.

Ich finde auch einige andere Dinge, die Herrn Lenz in seinem Votum nicht so angesprochen haben, nicht so dumm, nämlich zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, bestimmte Aktivitäten zu bündeln und eine zentrale Einrichtung zur Fortbildung zu haben, die bei der Lehrkräfteakademie liegt, aber in Absprache mit Universitäten und anderen Akteuren versucht, Sachen zu bündeln. Das muss ja nicht dumm sein. Wie man das dann aufsetzt, ist noch eine Frage für mich.

Ich finde einige Ansätze spannend, aber ich finde nichts, was mich wirklich vollends überzeugt hat. Am wenigsten überzeugt mich die Stufungs-idee insgesamt. Ich glaube, da sind wir in Marburg am kritischsten. Ich bin nicht davon überzeugt, dass sie die Probleme löst, die sie zu lösen vorgibt. Ich glaube, sie gibt uns einige Spielräume, aber auch Begrenzungen, gerade was den Zuschnitt der fachdidaktischen, fachwissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Inhalte in ihrer Gleichzeitigkeit angeht, die ich eigentlich zur Vermittlung brauche. Das sind inhaltliche Fragen, die man bereden müsste.

**Vorsitzende:** Die nächste Zusage kommt vom Zentrum für Lehrerbildung der Universität Kassel. Hierzu ist die stellvertretende Vorsitzende, Frau Professorin Dr. Rita Wodzinski, angemeldet.

Frau **Prof. Dr. Wodzinski:** Ich möchte es angesichts der Zeit kurz machen und nur auf wenige Dinge hinweisen. – Aus unserer Sicht ist die Idee der gestuften Studiengänge durchaus zu befürworten. Aber wir sehen auch die Gefahr, dass man wieder in alte Muster zurückfällt, im Bachelorstudium das Fach in den Fokus rückt und die fachdidaktischen Anteile nach hinten stellt. Das widerspricht dem, was Bildungswissenschaftler über gute Lehrerbildung sagen. Deswegen ist es uns ein Anliegen, dass das Studium weiterhin grundständig bleibt, also Fach und Fachdidaktik miteinander vernetzt. Sie müssten eigentlich noch viel besser miteinander vernetzt werden als im Moment. Die Bildungswissenschaftler habe ich vergessen, weil ich Fachdidaktikerin bin, aber sie gehören natürlich mit dazu.

Ich möchte noch auf die Fort- und Weiterbildungspflicht hinweisen. Das halten wir für eine gute Idee. Wir möchten in dem Zusammenhang aber noch mal darauf hinweisen, dass auch da die Forschung sagt, Lehrerfortbildung ist nur dann wirkungsvoll, wenn sie längerfristig angelegt ist. Das muss man im Blick behalten, wenn man das fordert.

Zu den Evaluationsergebnissen des Modellversuchs Praxissemester ist schon genug gesagt worden.

Wichtig ist, dass die Mentorinnen und Mentoren für ihre Einbindung in die Praxisphasen eine entsprechende Entlastung bekommen. Das wird gerne vergessen. Darauf möchte ich noch mal hinweisen. Auch wenn die verlängerten Praxisphasen evaluiert werden sollen, müssen entsprechende Mittel für die Universitäten bereitgestellt werden.

Gut finden wir, dass es Modellstudiengänge geben soll. Wir wünschen uns, an der Uni Kassel, die keinen Förderschullehrerstudienang hat, trotzdem die Möglichkeit zu erhalten, einen Modellstudiengang einzurichten, der inklusionspädagogische Aspekte einbeziehen kann.

**Vorsitzende:** Ich komme zur Zusage des DIPF, des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation. Hier ist Professor Dr. Kai Maaz angemeldet.

(Zuruf: Der ist schon weg!)

– Er ist schon weg. – Dann habe ich die Zusage der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Fachbereich 2: Lehrämter, Wissenschaft und Komposition. Angemeldet ist die Dekanin Frau Professorin Dr. Katharina Schilling-Sandvoß.

Frau **Prof. Dr. Schilling-Sandvoß**: Ich kann mich relativ kurz fassen, weil meine Vorgängerinnen und Vorgänger schon viele Punkte angesprochen haben. Vor allen Dingen ist schon mehrfach das Positionspapier benannt worden, an dem auch die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst beteiligt war. Die Kernforderungen, die dieses Papier formuliert, gelten nach wie vor. Das gilt vor allen Dingen für die Ausweitung der Studiendauer.

Es ist schon sehr viel von den veränderten Aufgaben der Lehrerbildung gesprochen worden, die sich durch die gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben. Ich glaube, die Ausweitung der Studiendauer für alle Lehramter ist die einzige Möglichkeit, darauf zu reagieren, ohne die Qualität der Lehrerbildung durch Reduktion anderer Inhalte zu verringern.

Für uns ergibt sich dadurch die Möglichkeit, den fachbezogenen Anteil der Lehramtsstudiengänge zu erweitern. Die Fächer Musik, Kunst und Sport haben die Besonderheit, dass es neben dem fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen einen hohen fachpraktischen Studienanteil gibt. Der ist mit dem bisherigen Studienumfang, wenn man an das Grundschulstudium von 32 Leistungspunkten denkt, kaum zu gewährleisten. An anderen Universitäten, z. B. an der Universität der Künste in Berlin, steht fast der dreifache Umfang für den Grundschulstudiengang zur Verfügung.

Das ist vor allem deshalb wichtig, weil Musikunterricht kulturelle Bildung ist, die allen Kindern und Jugendlichen offenstehen muss. Das tut es nur in der Schule unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft. Musikunterricht hat eine besondere Chance, was die Umsetzung von Inklusion oder eine sprachliche Förderung durch die Verbindung von Musik und Sprache betrifft. Das ist aber nur dann der Fall, wenn man diese Inhalte und Kompetenzen im Studium schon entwickeln und aufgreifen kann. Das ist bisher überhaupt nicht in dem Umfang möglich.

Zur Ausweitung der Praxisphasen ist schon einiges gesagt worden. Für uns ist es sehr wichtig, dass eine Praxisphase in den späteren Semestern verortet ist. Das halten wir für unabdingbar. Gleiches gilt für die Gewährleistung einer eigenen Weiterentwicklung durch mehrere Praxisphasen, die sich durch das Studium ziehen.

Herr Horz hat vorhin davon gesprochen, dass viele Studierende schon unterrichten. Umso wichtiger ist die Möglichkeit, auch zu einem späteren Studienzeitpunkt wissenschaftlich, fachdidaktisch, fachwissenschaftlich und pädagogisch gestützt noch mal eine Praxisphase zu haben, in der die eigene Rolle, die Veränderung der Rolle und die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit reflektiert werden können.

Die Durchlässigkeit zu anderen Studiengängen ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie haben eben davon gesprochen, dass es einen fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen sowie einen pädagogischen und bildungswissenschaftlichen Anteil im grundständigen Studium geben muss. Wenn jemand aus einem nicht lehramtsbezogenen Studium in das Lehramtsstudium wechselt, muss die Möglichkeit gegeben sein, diese Anteile nachzuholen oder das Wissen trotzdem zu erwerben. Das gilt noch weit stärker für den Quereinstieg in das Lehramt, der im Fach Musik zurzeit möglich ist und einfach klare Standards braucht, die von den Verantwortlichen der Schulmusikstudiengänge an den Hochschulen schon formuliert worden sind.

Abg. **Christoph Degen:** Danke an alle, die schon Stellung genommen haben. Danke auch dafür, dass Sie sich aufgrund der Zeit recht knapp gehalten haben. Das führt dazu, dass ich im Gegenzug noch mal ein paar Themen ansprechen will, die doch zu kurz gekommen sind.

Meine erste Frage richtet sich vor allem an die Zentren für Lehrerbildung. Wie eben schon von der Lehrkräfteakademie gesagt, fußt der Gesetzentwurf der SPD vor allem auf dem Papier zu den gestuften Studiengängen in der Hessischen Lehramtsausbildung aus dem Jahr 2009. 2016 oder 2017 kam es noch einmal zu einer Aktualisierung. Es wurde kritisiert, das sei alles schon zehn Jahre alt. Frau Schilling-Sandvoß habe ich so verstanden, dass es keineswegs überholt ist, nur weil das Paper zehn Jahre alt ist. Es scheint hochaktuell zu sein. Das ist die erste Frage an alle.

Der nächste Punkt geht vor allem an Frau Professorin Wodzinski. Sie haben den Aufbau eines gestuften Studiengangs angesprochen. Dazu werden im Gesetzentwurf im Grunde keine Vorgaben gemacht. Es obliegt den Universitäten, das zu konzipieren und zur Akkreditierung einzubringen. Deshalb sehe ich da im Grunde kein Problem. Wesentlich ist, dass sich die Unis abstimmen.

Die nächste Frage geht aufgrund der schriftlichen Stellungnahme vor allem an Frau Preuß nach Darmstadt. Sie schreiben in Ihrer Stellung, dass die Studiengänge in Hessen bundesweit ziemlich einzigartig seien. Bitte führen Sie das in Bezug auf die Studienstruktur und die Studiendauer aus. Wie ist das in der Republik sonst?

Frau Professorin Dolle, vielleicht können Sie für die Kolleginnen und Kollegen noch mal rausarbeiten, warum die Struktur mit Bachelor und Master den qualifizierten Quereinstieg erleichtert und welche Vorteile sie hat, um einen Wechsel möglich zu machen.

Der nächste Punkt geht an alle Zentren für Lehrerbildung. Wie kann für die Studenten mit Bachelor eine Garantie auf den Master gegeben werden? Führen Sie aus, welche Modelle es schon gibt oder wie Sie sich das vorstellen können, damit klar ist, dass es keinen Konkurrenzdruck gibt. Auch wenn es zwei Phasen sind, ist das als ein Modell gedacht. Natürlich kann nur derjenige Lehrer werden, der den Masterabschluss hat.

Zum Thema Praxissemester habe ich eine Frage an alle. Im Entwurf wurde gesagt, die Evaluation kommt demnächst. Nach dem neuen Modell wäre das Praxissemester erst in der Masterphase. Ist nicht aus Ihrer Sicht ausreichend Zeit, um das, was sich jenseits der Zwischenevaluation beim Praxissemester ergibt, noch in die Konzeption dieser neuen Studiengänge einzubauen?

Daran schließt die nächste Frage vor allem an Herrn Professor Horz an: Wie kann ein Zeitplan zur Einführung solcher gestuften Studiengänge gestaltet sein? Ist der im Gesetzentwurf vorgegebene Zeitplan ausreichend, um die Vorgaben inklusive der Ausnahmeregelung zu konzipieren und zu akkreditieren? Wir gehen davon aus, dass das Gesetz Ende September verabschiedet wird. – Das geht an die Zentren für Lehrerbildung.

Der letzte Punkt richtet sich an Herrn Lenz von der Hessischen Lehrkräfteakademie. Ihre Stellungnahme fällt auch im Schriftlichen durch ein besonderes Maß an Kritik an den Vorschlägen auf. Sie sagten, es sind einige prioritäre Themen genannt. Sehen Sie überhaupt grundsätzlich Bedarf für eine Novelle des Hessischen Lehrbildungsgesetzes? Falls ja, an welchen Punkten? Ist nicht doch das eine oder

andere im vorliegenden Gesetzentwurf zu würdigen? Ich nenne die Studiengänge für das Förderschullehramt, die nicht an die aktuellen Förderschwerpunkte angepasst sind. Das Ganze nennt man auch gar nicht mehr Förderschullehramt, weil die meisten Lehrerinnen und Lehrer in dem Bereich nicht an der Förderschule sind. Ist dem Gesetzentwurf nicht doch das eine oder andere Positive abzugewinnen?

**Vorsitzende:** Ich darf anmerken, dass die Frage an Frau Preuß leider nicht beantwortet werden kann, weil sie nicht anwesend ist. – Als Nächster hat sich Herr May zu Wort gemeldet.

Abg. **Daniel May:** Ich adressiere eine Frage an Frau Dolle. Die Stufung der Studiengänge war auch in der ersten Lesung im Landtag einer der großen Diskussionspunkte hinsichtlich des SPD-Gesetzentwurfes. Für mich ist nicht klar, welche Vorteile die Einführung eines gestuften Studienganges hinsichtlich der Polyvalenz hat. Um es auf den Punkt zu bringen: Führt das nicht dazu, dass eine Eignungsabklärung für den Lehrerberuf schon dadurch erschwert wird? Wenn man einen Bachelor erreichen möchte, der nicht nur eine Vorstufe zum Lehramtsmaster ist, muss das, was uns wichtig ist – Praxis und Schulbezug –, eigentlich im Bachelor zurückstehen. Das interessiert mich. Anders gefragt: Wozu befähigt der Bachelor? Ist dieser Bachelor tatsächlich berufsqualifizierend, wenn man ihn so aufbaut, dass die bisherige Studienstruktur frühe Praxisphasen einbringt?

Abg. **Armin Schwarz:** Ich habe die Stellungnehmenden so verstanden, dass das Praxissemester zunächst einmal tatsächlich evaluiert werden sollte, um Rückschlüsse daraus ziehen zu können, wie Praxisanteile in der ersten Phase des Studiums losgelöst von der Frage Grundschule, Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II umzusetzen wären. Ein Lehrerbildungsgesetz aus einem Guss würde diese Frage in jedem Fall zu berücksichtigen haben.

Herr Professor Dr. Horz, ich habe Sie so verstanden, dass Sie in einer Verlängerung des Studiums einen Mehrwert sehen. Wenn ich Sie ebenfalls richtig verstanden habe, plädieren Sie für eine Verlängerung in allen Studienbereichen. Glauben Sie, dass die Verlängerung des Studiums für Einsteiger eine entsprechende Berufswahl attraktiver macht? Glauben Sie, dass die Verlängerung eines Studiums bezahlbar wird? Ich habe mir mal Zahlen geben lassen. Pro Semester steht für alle Studierenden zusammen eine Zahl von 60 bis 70 Millionen € im Raum. Mich würde interessieren, wer das bezahlt.

Zum Thema „Bachelor bzw. Master“ werfe ich mal einen Blick auf die Berufsschulen. Die dortige Praxis zeigt, dass der Zulauf durch die Bachelor- und Masterausbildung das Gegenteil dessen bewirkt hat, was Sie sich wünschen. Der Bedarf an Berufsschullehrern ist erkennbar hoch, und zwar nach wie vor. Es wäre aus meiner Sicht zumindest einen Vergleich wert, darüber nachzudenken. Warum soll es bei den allgemeinbildenden Schulen besser gehen, wenn es bei Berufsschulen nicht unbedingt Früchte trägt?

Abg. **Elisabeth Kula:** Ich habe eine Frage an Herrn Lenz. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie die Befürchtung geäußert, durch neue Inhalte in einem Studium könnten andere Lerninhalte hinten herunterfallen. Ist das nicht gerade ein Argument für eine Verlängerung der Studiendauer und nicht dagegen?

Abg. **Rolf Kahnt:** Das, was die Lehrkräfteakademie hier vorgelegt hat, ist nach meinem Dafürhalten sehr vorbildlich und begrüßenswert. Ich habe eine Frage an Herrn Mähling, eine Frage an Frau Professorin Dolle und eine Frage an Frau Professorin Wodzinski.

Herr Mähling, in den meisten Stellungnahmen ist es so, dass im Hinblick auf die erweiterten Anforderungen die Anhebung auf zehn Semester begrüßt wird. Würden sich tatsächlich mehr Lehramtsstudenten in allen Lehramtsstudiengängen dafür entscheiden? Wäre das nicht eher problematisch? Es würde schließlich noch länger dauern, bis der Lehrkräftemangel endlich behoben wird, weil die Absolventen erst später in den Schuldienst gelangen.

Frau Professorin Dolle, in vielen Anhörungen wird im Hinblick auf die Bachelor- und Masterstudiengänge mit einer höheren Durchlässigkeit vor allem für Quereinsteiger argumentiert. Die Uni Marburg weist zu Recht darauf hin, dass im Bachelorstudium relativ wenig Raum für pädagogische Qualifikationen bleibt, die für das genannte Berufsspektrum qualifizieren. Würde die Qualität, d. h. die Professionalisierung der Lehrkräfte verbessert, wenn man sich aufgrund des Mangels an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern für mehr Quereinsteiger und deren Förderung entscheidet?

Meine letzte Frage geht an Frau Professorin Wodzinski. Auf die gleiche Problematik hat die Uni Kassel hingewiesen. Ein Lehramtsstudium, das zugunsten der Polyvalenz die fachdidaktischen und die bildungswissenschaftlichen Studienelemente in das Masterstudium verschiebt, würde den Empfehlungen der Bildungsexperten deutlich widersprechen. Deswegen frage ich Sie: Welchen Vorteil sehen Sie in dem SPD-Gesetzentwurf tatsächlich?

Abg. **Dimitri Schulz:** Eine Intention dieses Gesetzentwurfs ist – dem sozialdemokratischen Ideal entsprechend – die Idee des Einheitslehrers für die Einheitsschule. Das ist schon klar. Als Begründung der SPD zur Umstellung auf das Bologna-Konzept muss der durch die alte und die neue Landesregierung verschuldete chronische Lehrermangel herhalten. Die Durchlässigkeit des Systems und der damit verbundene leichtere Einstieg pädagogisch unqualifizierter Quereinsteiger müssen auch zur Begründung dienen.

Mir kam der Kollege Schwarz zuvor. Das ist genau der Punkt. In den beruflichen Schulen hat es schon seit zehn Jahren nicht funktioniert. Hier herrscht immer noch ein entsprechender Lehrermangel. Dieser wird weiterhin steigen. Mich interessiert, wie unsere Experten das beurteilen.

Weiterhin ist die Frage, wie man die Annahme der SPD teilen kann, dass ein polyvalenter Studiengang geeignet sein kann, Studenten für das Lehramt zu begeistern, obwohl durch ein Bachelorstudium überhaupt kein Zugang zu den Schulen besteht, es also ein rein fachwissenschaftliches Studium ist. Wie soll ein Student überhaupt herausfinden, ob er für den Lehrerberuf geeignet ist oder nicht, wenn er nicht ausreichend Gelegenheit bekommt, seinen Umgang mit den Schülern zu erproben?

Muss das Lehrerstudium nicht von Anfang an einen ganz konkreten Bezug zur Schule und durch das gesamte Studium hinweg eine bessere Verbindung zur Fachdidaktik, zur Praxis haben? Wie kann man das Konzept komplett umstellen, damit angehende Lehrer von Anfang an mit der Schulrealität konfrontiert werden? Sehen Sie nicht auch eher die Gefahr darin, dass Studenten mit der Einstellung generiert werden: „Wenn es mit der Fachwissenschaft nicht klappt, dann werde ich eben Lehrer“? Das ist eine Frage der Qualität.

Zu den Kosten, die sich aus der Vereinheitlichung der Lehrämter ergeben: Das betrifft nicht nur das, was Herr Schwarz nannte. 70 Millionen € pro Jahr auch für die Anhebung der Grundschullehrergehälter auf A 13, 12 Millionen € pro Jahr für Fort- und Weiterbildung usw.

In Anbetracht des Aussehens unserer maroden Schulgebäude, die katastrophalen Lehr- und Lernbedingungen, zu große Klassen, eine extreme Inhomogenität der Lerngruppen, fehlende Sozialpädagogen usw. ist tatsächlich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, Millionen dafür auszugeben, ein gut funktionierendes System ohne ersichtlichen Grund zu ändern. Glauben Sie, dass der monetäre Anreiz einer Besoldungsstufe dazu führt, die Attraktivität des Berufs der Grundschullehrer zu erhöhen und jetzt bevorzugt Männer in den Beruf strömen lässt? Wenn das nicht funktioniert, müssen wir davon ausgehen, alle auf A 15 anzuheben.

Laut Gesetzentwurf soll die Regelstudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester verlängert werden. Wenn wir mal in den Förderschulbereich gehen, betrug die Regelstudienzeit für diesen Studiengang bisher neun Semester und weniger. Sie konnte also verkürzt werden. Die Ausbildung zum Förderschulpädagogen in Deutschland zählt zu den besten in der Welt. Darum werden wir auch beneidet. Jetzt halten Sie es, liebe Experten, angesichts der angespannten Lage gerade im Bereich der qualifizierten Förderschullehrer für sinnvoll,

**Vorsitzende:** Herr Schulz, könnten Sie sich bitte auf die Fragen reduzieren?

Abg. **Dimitri Schulz:** auch für die Förderschullehrer die Studienzeit ohne Grund zu verlängern.

**Vorsitzende:** Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der noch vor uns liegenden Ausschusssitzung im Anschluss an die Anhörung dringend bitten, persönliche Wertungen oder Analysen zurückzustellen und sich auf Fragen zu konzentrieren. – Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Promny.

Abg. **Moritz Promny:** Meine Frage richtet sich im Wesentlichen an die Zentren für Lehrerbildung. Dreh- und Angelpunkt der Ausführungen war das Praxissemester. Hat sich das nach den ersten Evaluationsabschnitten in den Hochschulen bewährt? Wann wird mit einer Weiterentwicklung in welche Richtung zu rechnen sein? Welcher Änderungsbedarf zeichnet sich jetzt schon ab?

Herr **Lenz:** Ich fasse die Fragen von Herrn Degen und Frau Kula zusammen. Bei Frau Kula liegt ein Missverständnis vor. Ich meine, gesagt zu haben, dass man neu austarieren muss. Man kann nicht immer nur additiv neue Inhalte hinzugeben und nie darüber nachdenken, ob die seit Jahrzehnten tradierten Inhalte heute immer noch so wichtig sind. Jedes Studium, egal, wie lange es dauert, ist endlich. Das war mein Begehren: nicht nur additiv zu denken, sondern noch mal alles auf den Tisch zu legen und sich die Frage zu stellen, ob all das, was in den Grundwissenschaften gelehrt wird, heute noch so up to date ist, dass es unverzichtbar ist.

Diese Frage ist es auch, lieber Herr Degen, die mich dazu führt, dass das Lehrerbildungsgesetz dringend geändert werden muss. Das gilt gerade im Hinblick auf die erste Phase. Die zweite Phase wurde in der vorvergangenen Legislatur einmütig im Landtag geändert. Es ist ein System, dessen Grundfesten man nicht ohne Not noch mal angehen sollte. Es ist ein gut funktionierendes System. Aber die erste Phase ist lange überfällig. Da geht es auch nicht nur um die Grundwissenschaften.

Sie haben zu Recht nach dem Sie nachvollziehbar besonders interessierenden Förderschullehramt gefragt. Ich bin da nicht so ganz von Ihren Vorschlägen überzeugt. Wir sind im Moment mit der Uni Kassel im Gespräch. Da steht schon seit Langem die Frage an, ob sie sich eine Förderschullehrerausbildung vorstellen können. Wir haben in Nordhessen viele Förderschulen, aber keine Förderschullehrerausbildung. Es ist sehr schwierig, dort die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dort gibt es innovative Gedanken. Sie haben ein Modell für HR-Lehrer, dem wir sehr gut näher treten können. Es gibt durchaus innovative Ansätze im Bereich der Grundschule. Da geht es um die Inklusion.

So ein ähnlicher Gedanke, wie Sie ihn hatten – den Gymnasiallehrer mit einem Fach und einer Förderrichtung, was ich durchaus kritisch sehe –, wurde in der KMK vor einigen Jahren schon mal diskutiert, aus guten Gründen dann aber wieder ad acta gelegt. Ich will Ihnen das nicht persönlich vorwerfen, aber es steht ein bisschen der Gedanke dahinter – aus Bremen kam mal so eine Vorstellung –: Der Gymnasiallehrer kann alles. Wenn er ein Fach und eine Förderrichtung hat, dann wird alles gut; wenn wir solche Lehrer in der Schule haben, bekommen wir alles hin.

Vor Jahren haben mich viele Studierende für das Förderschulamt angerufen und gefragt: Wir machen Inklusion. Brauchen wir dann überhaupt noch das Förderschullehramt? – Natürlich braucht man das, und zwar mehr denn je. Auch in der Inklusion können wir auf dieses Lehramt nicht verzichten und müssen es mit den anderen Lehrämtern kombinieren. Ich halte weniger von der Aussage: Egal, welches Lehramt es ist, mit einer Förderrichtung in Kombination wird es schon im inklusiven Unterricht klappen. – Das ist eine Schwierigkeit, der sich schon die Universität stellen muss. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Förderschullehrkräfte für den Einsatz an Beratungs- und Förderzentren, an Förderschulen, aber auch im inklusiven Unterricht schulen müssen. Das ist eine große Herausforderung für das Lehramt. Das auf alle Lehrämter übertragen zu wollen, hielte ich für den falschen Weg.

Es sieht vielleicht so aus, als ob ich nur Kritik habe. So war das nicht gemeint. Es gibt durchaus auch positive Ansätze. Aber in einer relativ kurzen und insbesondere in einer mündlichen Stellungnahme fällt die Kritik natürlich etwas deutlicher auf. Das war bei den anderen auch so.

Herr **Prof. Dr. Horz**: Auf die Frage, wie lange wir für eine Umstellung auf gestufte Studiengänge bräuchten, kann ich sagen, dass wäre innerhalb Jahresfrist machbar. Wir behandeln das Lehramtsstudium in Bezug auf die notwendigen Kennzahlen, die Qualitätssicherung und alles andere, was zur Akkreditierung nötig wäre, schon lange analog zu allen anderen Bachelor- und Masterstudiengängen. Das gilt nicht nur in Vorbereitung auf eines Tages vielleicht kommende Änderungen. Das gilt auch deshalb, weil es sich positiv als Qualitätssicherungsmerkmal erwiesen hat, das uns zur Steuerung dieser Studiengänge gerade in Aufwuchsphasen versetzt hat, innerhalb von wenigen Monaten ganze Kohorten im dreistelligen Bereich zahlenmäßig zu – – Das macht enorm flexibel. Das muss ich positiv erwähnen.

Bildungswissenschaften in Hessen haben keine Fettränder. Wir schaffen es, die seit 2004 geltenden KMK-Standards trotz der signifikant kürzeren Ausbildungszeit in den Universitäten umzusetzen. Das führt mich zu der Frage von Herrn Schwarz nach dem Mehrwert einer Studienzeitverlängerung. Glauben Sie ernsthaft, dass wir in Hessen den Stein der Weisen gefunden hätten und genauso qualifizierte Lehrkräfte erzeugt haben? Im Rest Deutschlands gibt es nirgendwo kürzere, sondern mit einer Ausnahme fast überall signifikant längere Studienzeiten. Gleiches gilt in Europa mit dem durchschnittlichen Studium im Bachelor- und Masterrahmen. Das haben wir nicht. Wir haben eine schmalbandigere Ausbildung. Das hat Konsequenzen. Die Konsequenzen lauten, dass wir in diversen Untersuchungen beispielsweise von Bertelsmann oder CHE in vielen Bereichen bestenfalls moderate Ergebnisse erreichen – meistens nur unterschritten von Sachsen-Anhalt. Das gilt gerade im Bereich Digitalisierung. Wir können das nicht systematisch einbauen.

Wie alle Studien zeigen, haben wir weiterhin das Risiko, dass der Krankenstand von Lehrkräften, insbesondere die Frühverrentung, mit deren Qualifikation korreliert. Menschen mit geringerer Qualifikation haben mehr Belastungserleben und Belastungsstörungen. Das ist die Gefahr, die Länder wie Berlin durch Quereinsteiger mit schwacher Qualifikation eingegangen sind. Sie steigen sehr viel früher in höherer Zahl wieder aus als Vollqualifizierte. Man geht ungedeckte Schecks auf die Zukunft ein, wenn man weiterhin glaubt, in derselben Zeit mehr und mehr verschiedene Themen einbauen zu können, ohne die Qualifikationszeit und den Professionalisierungsgrad anzupassen.

Niemand würde ernsthaft dafür plädieren, sich von einem Chirurgen, der mal schnell in sechs Semestern heißgepresst wurde, operieren zu lassen. Sechsjährige Kinder, bei denen man wirklich etwas beeinflussen kann und deren Welt genauso wie unsere Welt komplizierter wird, werden aber weiterhin von Lehrkräften ausgebildet, die dieselbe Studiendauer haben wie 1955. Das halte ich ein Risiko, dem man begegnen könnte, allerdings nicht durch eine Studienzeitverlängerung, sondern durch eine phasenübergreifende Ausbildung. Es gibt mehrere Wege. Studienzeitverlängerung ist nicht der einzige Weg, der glücklich macht. Aber sie scheint mir an der Stelle, wenn man mehr Themen haben will, die aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen anstehen, unabdingbar.

Schön fand ich das Argument mit der Anhebung auf A 13. Die kommt dann, wenn andere Bundesländer es tun. Der Lehrkräftemangel an der Grundschule wird das erzwingen. Das werden wir erleben. Die reichen Länder werden sich das leisten können. Deswegen bin ich erstaunt, dass wir in Hessen so arm sind, dass wir keine längere Ausbildung finanzieren können, wie sie sich alle anderen Bundesländer, auch die Ostbundesländer, leisten. Das erstaunt mich als Leiter eines Zentrums für Lehrerbildung sehr, weil ich das Land Hessen als wirtschaftsstark und höchst erfolgreich in diesem Bereich wahrnehme.

Ja, wir können uns auch eine Lehramtsausbildung leisten, wie es sie beispielsweise in einem analogen, aber in den Wirtschaftsdaten etwas schwächeren Bundesland wie Rheinland-Pfalz gibt. Dazu kann ich etwas sagen, weil wir in Frankfurt sehr viele Studierende aus Rheinland-Pfalz aufnehmen, die nach dem Bachelorstudium wechseln, weil es ein Semester kürzer ist. Es ist nicht die Elite, die uns da besucht. Das können wir anhand der Noten vergleichen. Das sind Menschen, die schnell in den Beruf und schnell Geld verdienen wollen. Das wären nicht diejenigen, die ich aus Rheinland-Pfalz herholen würde, wenn ich ein Assessmentcenter leiten würde, um das sehr deutlich zu sagen. Daher ist es für mich als Lehrerausbildender zumindest im wissenschaftlichen

Rahmen nicht überraschend, dass das hessische Modell in Deutschland keine Nachahmer findet.

Frau **Prof. Dr. Dolle:** Herr Degen, auf Ihre Frage eingehend, ob das Positionspapier aus 2009 bzw. die überarbeitete Version noch aktuell sind, würde ich sagen, Ja, das Papier aus 2009 ist aktuell. Sonst würden wir nicht so intensiv darüber diskutieren.

Sie haben gefragt, wie der qualifizierte Lehreinstieg durch die gestuften Studiengänge erleichtert wird. Zum einen würde ich sagen, dieses Modell trägt den Beobachtungen und der Lebenswirklichkeit Rechnung, dass Menschen mit 18 oder 19 Jahren, wenn sie ein Studium aufnehmen, vielleicht noch nicht so genau wissen, wohin sie wirklich wollen. Da sind wir auch beim Thema Eignung. Dieses Modell der gestuften Studiengänge bietet die Möglichkeit, sich im Bachelorstudiengang noch zu überlegen, wohin man möchte. Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass es entweder Lehramt oder ein Bachelor für eine Fachwissenschaft ist. Das Modell impliziert einen zunehmenden fachdidaktischen oder bildungswissenschaftlichen Anteil. Wir müssen es einfach anders denken. Das führt dann eben zu einem Master. Nach sechs Semestern sind sich die Studierenden schon stärker klar darüber geworden, wohin sie möchten. Dann haben sie eine Entscheidung für den Master für Fachwissenschaft oder einen Master of Education. Das ist normal. Das ist dann letztendlich kein Quereinstieg, sondern eine bewusste Entscheidung für das Lehramt, die aber mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen schon im Bachelorstudium flankiert wird.

Von daher würde ich den Vorteil dieser gestuften Studiengänge genau darin sehen, dass verschiedene Möglichkeiten angeboten werden und die Studierenden sich im Bachelor entscheiden können, wohin sie wollen und verschiedene Angebote wahrnehmen können. Das heißt auch, es ist kein normaler Quereinstieg, sondern es ist eben universitär abgesichert, weil es ein ganz konkreter Fokus auf das Lehramtsstudium als Master of Education ist. Es ist prozesshaft gedacht und geht von einer Dynamik in diesen sechs Semestern aus.

Herr **Dr. Vogel:** Ich möchte etwas zur Frage von Herrn Degen ergänzen, inwiefern das Papier zwischen den Hochschulen aus 2009 nicht mehr aktuell ist. Wir haben eben ein sieben Jahre jüngeres Papier. Es ist schon Zeit vergangen. Wir haben versucht, auf die Entwicklungen zu reagieren, die wir aus anderen Studiengängen kennen. Es ist nicht automatisch alles falsch, was 2009 gedacht wurde. Man kann sich Modelle für eine Stufung ansehen. Aber ob es darum gehen sollte, ist eine Entscheidung auf einer anderen Ebene. Deswegen passt das jetzt nicht so genau.

Frau **Prof. Dr. Wodzinski:** Es ist ganz gut, dass wir jetzt noch mal darüber reden. Dieses Bachelor- und Mastermodell hat so viele verschiedene Varianten und Facetten. Herr Degen, Sie hatten gesagt, wir können im Grunde genommen selbst bestimmen, wie wir das Studium aufbauen. So, wie man an vielen Orten Bachelor und Master definiert, macht man einen Bachelorabschluss. Nach dem Bachelorabschluss kann man sich dann entscheiden, ob man den Master im Lehramtsstudium oder den Master im Fach macht. Das ist aber in gewisser Weise eine Mogelpackung. Wenn man das Bachelorstudium wirklich mit Fachdidaktik und Bildungswissenschaften auffüllt, dann

fehlt einem für den Master im Fach viel zu viel, als dass es jemals eine Akkreditierungsagentur akkreditieren würde.

Wenn man wirklich einen polyvalenten Bachelor in dem Sinne meint, dass ich mich danach entscheiden kann, ob ich Lehrer werde oder ins Fachstudium gehe und maximal 30 Credits nachstudieren muss, dann muss im Bachelor ganz viel Fach sein. Sonst funktioniert es nicht. Wenn man aber so ein Modell denkt, wie Sie es gerade skizziert haben, sodass ich im Bachelor noch entscheide, ob ich in die eine oder in die andere Richtung gehe, dann kann das ein sinnvolles Modell sein.

Frau **Prof. Dr. Schilling-Sandvoß**: Herr Degen, Sie hatten nach dem Papier gefragt. Das ist jetzt schon zweimal benannt worden. Es gibt ein Papier aus 2016, das die Zentren für Lehrerbildung an das Kultusministerium und an die Lehrkräfteakademie gerichtet haben. Es enthält Forderungen, das Lehrerbildungsgesetz umfassend zu novellieren. Das sind durchaus Forderungen, die sich mit dem Papier aus 2009, das Sie angesprochen haben, decken und überschneiden. Es ist durchaus immer noch aktuell, was 2009 entworfen worden ist.

Ich habe noch eine Ergänzung zur Frage, ob die Studierenden längere Studiendauern wollen. In unserem Fach machen wir sehr häufig die Erfahrung, dass sich Bewerberinnen und Bewerber an mehreren Hochschulen bewerben. Es gibt Eignungsprüfungen und wir stehen in Konkurrenz zu anderen Musikhochschulen. Wenn Bewerberinnen und Bewerber an mehreren Hochschulen bestehen, entscheiden sie sich sehr oft für die Hochschule, bei der sie das Fach in einem längeren und größeren Umfang studieren können, also z. B. in unmittelbarer Nähe in Mannheim oder Mainz.

Herr **Mähling**: Sie haben nach den Vorteilen der Angleichung der Studiendauern gefragt, also sechs plus vier gleich zehn Semester. Ich glaube, viele der Argumente, die dafür sprechen, sind schon genannt worden. Man muss es vielleicht gesamtuniversitär-systematisch betrachten. Wir haben Studiengänge mit unterschiedlichen Studiendauern in den Staatsexamensstudiengängen, und wir haben eine Welt, die klar geregelt ist, nämlich Bachelorstudiengänge mit sechs Semestern Studienzeit und Masterstudiengänge mit vier Semestern. Dazwischen gibt Variationsmöglichkeiten und Modellversuche, wie man mit den Studiendauern arbeitet. Aber faktisch gesehen ist für die Organisation einer Universität eine Angleichung ein immenser Vorteil bei der Gestaltung von Lehrangeboten, bei der Lehrorganisation und bei der Planung, wenn bestimmte Dinge in ähnlichen Schienen laufen können.

Darüber hinaus brauchen zusätzliche Inhalte im Lehramtsstudium und auch in anderen Studiengängen schlichtweg Zeit. Das Argument ist schon mehrfach genannt worden. Das hat Herr Lenz auch angesprochen. Die Frage ist, ob neue Inhalte alte, etablierte Inhalte verdrängen können oder ob es additiv zu betrachten ist. Viele Dinge sind additiv zu betrachten, weil wir nicht einfach grundständige Dinge aus den Studiengängen herausnehmen können. Die sind ja trotzdem noch erforderlich. Dafür ist durchaus im Lehramtsstudium insgesamt mehr Zeit erforderlich. Da wären zehn Semester für alle Lehramtsstudiengänge schon ein deutlicher Fortschritt.

**Vorsitzende:** Damit sind wir am Ende des Anhörungsblocks zwei. Ich rufe den Anhörungsblock drei auf. Zugesagt hat der Verband Bildung und Erziehung, Landesverband Hessen, Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im Deutschen Beamtenbund. Anwesend sind Herr Vorsitzender Stefan Wesselmann und Frau Petra Weber-Laßmann.

Herr **Wesselmann:** Ich habe heute gelernt, dass das hier ein wunderbares Forum ist, um sich zu blamieren oder unbeliebt zu machen. Ich werde wie immer mein Bestes geben, um da gut anzuknüpfen. – Ich ziehe es mal von hinten auf, nämlich bei der Länge des Studiums. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die würde ich ungern wiederholen, sondern werde mich kurz auf einige Sachen fokussieren und auch einige Diskussionspunkte aufgreifen.

Ich wäre als studierter Grundschullehrer heilfroh gewesen, wenn man mich auf das vorbereitet hätte, was mich im Beruf wirklich erwartet hat. Dann wäre ich auch für ein längeres Studium dankbar gewesen. Ich denke, so herum muss man es sehen und nicht von der Frage aus, wie bequem jemand Junges ist und wie schnell jemand in den Dienst will und Geld verdienen möchte.

Additiv: Klar, wir haben viele Themen, die unstrittig sind. Dazu gehört die Digitalisierung, inklusive der Kompetenzen, die alle Lehrkräfte brauchen. Dazu gehören Deutsch als Zweitsprache sowie der Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern. Es ist unstrittig, dass so etwas Eingang in die Lehrerbildung finden muss.

Etwas rauswerfen? Ich erinnere an Diskussionen über Lehrpläne, die wir immer mal wieder führen. Die Lehrpläne sollen entschlackt werden. Da wird nie wirklich etwas gefunden, das verzichtbar wäre. Von daher kommt man um eine Verlängerung des Studiums aus unserer Sicht nicht herum, vor allem, wenn man gleichzeitig die Praxisanteile während des Studiums noch erhöhen will.

Aber die Lehrerausbildung muss nicht nur voller und inhaltsreicher, sondern auch besser werden, d. h. ziel- und lehramtsbezogen. Wenn ich wahrnehme, dass wir Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ausbilden, die in Mathematik von der Uni Differentialrechnung, Integralrechnung usw. mitbringen, weil sie dieselben Veranstaltungen besucht haben wie die Studierenden für das gymnasiale Lehramt, gleichzeitig aber die Fachdidaktik des Erstrechnens nicht von der Universität mitgebracht haben, dann läuft an der Stelle etwas schief.

Wenn ich mich in Deutsch als Grundschullehrkraft mit Brechts Dramentheorie, mit Mittelhochdeutsch und den Epochen der deutschen Literatur beschäftigen kann, aber die Kinder- und Jugendliteratur umgehen kann, weil ich meine Scheinpflcht anderweitig erfülle, kann es das nicht sein. Wir sind weiß Gott dafür, dass ein Studium über den Tellerrand hinausblicken muss und wir uns auch allgemein bilden. Selbstverständlich. Aber das kann nicht zulasten der ziel- und lehramtsbezogenen Inhalte gehen.

Kommen wir zu dem Bereich Bachelor bzw. Master. Wir sehen das Problem. Jetzt muss ich einfach ein bisschen schelten. Es ist an den Universitäten unterschiedlich. Aber das, was ich gerade geschildert habe, ist oftmals nicht wirklich lehramtsbezogen, obwohl wir ein Erstes Staatsexamen und eine Prüfungsstelle durch das Land Hessen haben. Uns fehlt die Idee, wie das besser und zielgerichteter werden soll, wenn man auf Bachelor und Master geht, die Freiheit der Universität von Forschung und Lehre und damit die

Verantwortung an dieser Stelle einfach noch weiter ausbaut und sich darauf beschränkt, Punkte zu vergeben, die erreicht werden müssen. Die Inhalte müssen festgelegt werden und nicht die Punkte, die am Ende herauskommen. Das ist unsere Sichtweise. Wir sehen das Land in der Pflicht, sicherzustellen, dass derjenige, der bestellt und bezahlt, auch die Inhalte bestimmt.

Herr Lenz, Sie haben die Lehrerbildung der zweiten Phase gelobt, die einmütig geändert worden sei. Das Jahr 2005 war eine ganz furchtbare Zäsur für die Lehrerbildung der Lehrämter an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen, weil sie durch die Modularisierung atomisiert worden sind. Für diejenigen, die da nicht so im täglichen Geschehen sind: Es ist so, dass viele Unterrichtsbesuche durch den Modulschwerpunkt beobachtet und bewertet werden. Da geht es um Fragen, wie diagnostiziert, gefördert, beraten, erzogen usw. wird, aber nicht darum, ob die Stunde ein Lernziel hatte und das Fach wissenschaftlich und fachdidaktisch gut vorbereitet war. Das sind Dinge, die nur in den Fachmodulen und am Ende am Prüfungstag vorkommen. Da fallen Menschen ganz übel auf die Nase.

Wenn den Studienseminaren verboten wird, den Unterricht bodenständig zu beurteilen, sondern das durch die Modulbrille erfolgen muss, erschwert das die Sache ungemein und gibt den Schulen und den Mentoren an der Stelle wesentlich mehr Verantwortung. Dieser können sie gar nicht nachkommen, weil sie einfach keine Zeitfenster dafür haben.

Zur Struktur der Lehrerfortbildung: Herr Lenz, es ist vollkommen richtig. Nach dem, was in den letzten Jahren mit der Einführung des Landesschulamtes, der Abschaffung usw. inklusive Standortwechsel geschehen ist, muss Ruhe einkehren. Das ist keine Frage. Auf der anderen Seite muss die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung besser koordiniert und strukturiert werden. Im Moment sieht es immer noch so aus, wie es schon zu Zeiten des Landesschulamtes und in der Zeit vorher war: Die Lehrkräfteakademie macht ein bisschen etwas, die Schulämter machen ein bisschen etwas und die Studienseminare machen etwas. – Das wirkt manchmal eher so, als ob jeder das macht, was er gut kann und für das er gerade noch Kapazitäten hat, aber nicht, als ob es eine Lehreraus-, -fort-, und -weiterbildung aus einem Guss wäre, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Lehrerinnen und Lehrerinnen orientiert.

Herr **Dr. George**: Wir freuen uns, dass diese Debatte stattfindet. Es ist überfällig, dass sorgfältig über die Anforderungen debattiert wird, denen sich die Lehrerbildung in Hessen stellen muss. Die Stichworte sind im Wesentlichen schon benannt. Die wichtigsten möchte ich noch mal in Erinnerung rufen.

Über digitale Medien müssen wir nach vier Stunden Anhörung nicht mehr sprechen. Umgang mit Mehrsprachigkeit ist eine ganz wichtige Anforderung, die sich nicht erst seit 2015 stellt. Darauf wird nicht systematisch genug durch alle Lehrämter hindurch vorbereitet. Auch das ist überfällig. Die Aufwertung des Faches „Deutsch als Zweitsprache“ steht aus. Das wurde schon genannt. Auch das Stichwort Ganztagschule ist schon gefallen. Wir brauchen eine systematische Vorbereitung aller Lehrerinnen und Lehrer auf die Arbeit in der Ganztagschule und darauf, wie die Möglichkeiten, die sich aus der Rhythmisierung ergeben, pädagogisch sinnvoll genutzt werden können. All das sind Querschnittsaufgaben, die sich stellen.

Nicht zu vergessen ist die Inklusion. Das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich in diesem Jahr zum zehnten Male ge­jährt. Noch immer ist das Lehrerbildungsgesetz in Hessen nicht systematisch auf diese Anforderungen ausgerichtet. Es ist tatsächlich überfällig, dass das angegangen wird.

Wir haben das in der GEW schon vor drei Jahren relativ sorgfältig diskutiert, weil wir damit gerechnet haben, dass diese Novellierung entsprechend der Ankündigungen im Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode angegangen wird. Das ist ausgeblieben. Deswegen sind wir hier, wie bei anderen Themen auch, in Verzug. Es ist überfällig, dass es vorangeht.

Deswegen haben wir relativ detaillierte Vorstellungen erarbeitet. Daran konnten wir den jetzt vorgelegten Entwurf der SPD messen und haben sehr viele Punkte entdeckt, die sehr nahe an unseren Vorstellungen sind und die wir von daher positiv bewerten. Das gilt aber nicht für alle Fragen.

Besonders begrüßen wir die geplante Angleichung auf zehn Semester Studienzzeit für alle Lehrämter. Das wurde schon ausgiebig diskutiert. Ich meine, es ist fast Konsens, dass ein gutes Lehramtsstudium sowohl Fachdidaktik als auch Fachwissenschaft als auch Allgemeinpädagogik umfassen muss. Wir haben einvernehmlich viele neue Anforderungen identifiziert. Daraus kann aus unserer Sicht eigentlich nur die Schlussfolgerung gezogen werden, dass eine entsprechende Studiendauer nötig ist.

Die Vorbehalte gegen die zehn Semester sind für uns nicht nachvollziehbar. Wenn man in die anderen Bundesländer blickt – das wurde schon erwähnt –, ist das fast überall in Deutschland die Regel. Allerdings ist das im Rahmen einer Bachelor-/Masterstruktur der Fall. Das sehen wir auch wie viele andere nicht als zwingend an, sondern wünschen uns eher, dass die alten Studiengänge beibehalten werden. Alle Änderungen, die wir positiv sehen, ließen sich auch in diesem Rahmen bewerkstelligen.

Das erwähnte Einheitsstudium für den Einheitslehrer, für die Einheitsschule war polemisch gemeint. Das enthält der Entwurf überhaupt nicht. Die SPD hält mit diesem Entwurf an den fünf bestehenden Lehramtsstudiengängen fest. Da könnte sich die GEW tatsächlich einen weiteren Schritt vorstellen. Wir sprechen nicht von Einheitslehrer, sondern von einem Sekundarstufenlehramt, das nicht auf die Einheitsschule vorbereitet, sondern auf die Schule für alle. Das wäre dann die Gesamtschule.

Die Schulformdebatte wollen wir hier nicht führen. Sie ist schwierig. Aber es gibt auch eine ganze Reihe pragmatischer Argumente für solch ein Modell. Das möchte ich hier nicht ausführen.

Besonders positiv erwähnen möchte ich auch noch die geplanten Änderungen beim Förderschullehramt. Sie wissen wahrscheinlich alle, dass seit mehreren Jahren der größere Teil der sonderpädagogischen Ressource in die Inklusion fließt und eben nicht an die Förderschulen. Von daher ist es nur konsequent und überfällig, auch die Begrifflichkeiten anzupassen. Aber darum allein kann es natürlich nicht gehen.

Besonders gut gefällt uns auch die Idee, die Möglichkeit zu eröffnen, das Studium eines anderen Lehramtes anstelle eines weiteren Faches mit einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt zu kombinieren. Das erscheint uns als ein sehr vielversprechender Weg, der optimal auf die Anforderungen der inklusiven Schule vorbereiten könnte.

Praxisphase am Anfang oder am Ende? Das wurde schon erwähnt. Wir sind sehr froh, dass mit diesem Entwurf der falsche Weg des Praxissemesters am Anfang des Studiums beerdigt werden soll. Wie auch immer die Evaluation ausfällt, kann es aus unserer Sicht nicht der richtige Weg sein, die Studierenden so früh am Beginn des Studiums und ohne fundierte theoretische Kenntnisse einer Art Praxisschock auszusetzen. Längere Praxiserfahrungen machen gegen Ende des Studiums deutlich mehr Sinn. Das ist hier vorgesehen. Das müsste nicht im Rahmen der Bachelor-/Masterstruktur passieren. Aber es ist wichtig, längere Praxisphasen an das Ende des Studiums zu setzen.

Wir freuen uns, dass die Diskussion jetzt stattfindet und hoffen, dass wir bald eine deutlich bessere Lehrerbildung in Hessen vorfinden werden.

**Vorsitzende:** Ich blicke noch mal auf die Uhr. Ein Zwischenstand zeigt, wir sind im Moment bei 20 Uhr für das Ende der Anhörung. Dann haben wir noch eine Ausschusssitzung. – Im Themenblock drei habe ich noch die Vertreterin des Hauptpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer beim Hessischen Kultusministerium mit einer Zusage auf der Liste. Frau Christina Nickel, bitte.

Frau **Nickel:** Grundsätzlich gut findet der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer die Aufnahme zahlreicher, in der Realität schon stattfindender, aber im Studium und im Referendariat zu wenig oder kaum vermittelter Aspekte. Es reicht eben nicht aus, wenn man in seinem Studium mal in fakultativen Veranstaltungen etwas von Inklusion oder Diversität gehört hat. Es reicht im Vorbereitungsdienst auch nicht aus, wenn man direkt im ersten Hauptsemester der zweiten Phase als Lehrkraft im Vorbereitungsdienst in der inklusiven Beschulung eingesetzt wird, dies aber unbegleitet geschieht, weil die Ressourcen es nicht anders hergeben oder man ein Nebenfach vertritt, bei dem in der Regel keine förderpädagogische Begleitung vorgesehen ist. Hier bedarf es einer fundierten Ausbildung mit Theorie-Praxis-Verzahnung. Diese wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf ermöglicht.

Positiv sehen wir auch die Angleichung des Grundschullehramtes an alle anderen Lehrämter als Ausdruck der Wertschätzung dieser wertvollen Bildungsaufgabe.

Den Mangel an Lehrerinnen, aber vor allem auch an Lehrern, sehen wir auch in dieser Ungleichheit begründet. Eine Homogenisierung der Studienzeit auf zehn Semester bietet die Möglichkeit, mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen fundiert in allen Lehrämtern studieren zu können. Gerade für den Grundschulbereich bietet sich hier die Möglichkeit, eine wesentlich gründlichere Ausbildung zu absolvieren. Hier möchte ich ausdrücklich Ihnen, Herr Lenz, widersprechen; denn ich kenne viele Musikreferendarinnen und -referendare, die sagen: Unsere Ausbildung in der ersten Phase ist unzureichend. Wir hätten viel mehr gebraucht, um die Anforderungen, die im Referendariat an uns gestellt werden, erfüllen zu können. – Gerade in den fachpraktischen Fächern ist es eklatant unzureichend.

Die Beibehaltung von 21 Monaten Vorbereitungsdienst begrüßt der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer angesichts der ständig erweiterten Aufgabenfelder unserer Berufsgruppe. Eine angemessene Entlastung für Mentorinnen und Mentoren sowohl im Praxissemester als auch im Referendariat ist für uns unerlässlich und überfällig.

Ebenso positiv sehen wir das Ansinnen, dass die erste Hälfte des Referendariates bewertungsfrei sein soll und erst gegen Ende der zweiten Phase der Ausbildung bewertet werden muss. Wir vermitteln zwar im Referendariat die Grundzüge von Lernprozessorientierung und die Bedeutung der Trennung von Lernprozess und Bewertung, aber in unserer Praxis den Referendarinnen und Referendaren gegenüber wird das konterkariert; denn ihr erster Unterrichtsbesuch ist schon bewertungsrelevant.

Strukturell sehen wir die Aufgliederung in die beiden Fächer, die studiert wurden, einen allgemeinpädagogischen und einen unbewerteten Strang eher positiv. Die jetzige Strukturierung mit acht bewerteten Modulen und einem kleinen, unbewerteten Strang ist seit ihrer Einführung leider nie systemisch oder strukturell evaluiert worden. Uns sind viele Fälle bekannt, in denen Referendarinnen und Referendare dieses System als sehr fragwürdig und wenig lernförderlich darstellen. Der ausgesprochen fragmentierte und segmentierte Blick auf Ausbildung in diesen acht Modulen, der oft als Form einer Häppchen-Didaktik empfunden wird, steht einem ganzheitlichen Blick auf Unterricht entgegen.

Dagegen ist die fachdidaktische Ausbildung auf zwei Module pro Fach begrenzt, was im Konkreten knappe und aus unserer Sicht unzureichende 40 Stunden Präsenzzeit in 21 Monaten Ausbildung bedeutet. In diesen 40 Stunden – vergleichsweise eine Arbeitswoche – sollen alle fachdidaktischen zentralen Inhalte und Kompetenzen vermittelt werden. Zusätzlich kommen als Querschnittsthemen Inklusion, Berufsorientierung, sprachsensibler Fachunterricht, Grundlagen der fachlichen Diagnostik, der fachlichen Förderung und Differenzierung sowie Grundlagen der fachlichen Beurteilung hinzu. Hier muss aus unserer Sicht festgestellt werden, dass es im vorliegenden System so nicht funktioniert.

Die vorliegende Strukturänderung ermöglicht es deshalb hoffentlich, wichtige pädagogische Bereiche wieder in die Fachausbildung zu integrieren – wie z. B. diagnostizieren, fördern und beurteilen –, sie zu verzahnen und eine fundierte und mehr perspektivische Ausbildung zu ermöglichen.

Der vorliegende Gesetzentwurf verwirklicht auch eine weitere langjährige Forderung des Hauptpersonalrats, nämlich die Abschaffung der Anrechnung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst. Im jetzigen System werden den Schulen die Referendarinnen und Referendare mit acht Stunden angerechnet. Durch die Doppelsteckung mit Mentorinnen und Mentoren ist dies für die Schulen oft schon sehr schwierig. Gestalten sich Ausbildungsverläufe dann nicht völlig unproblematisch, sehen Schulen die Ausbildung oft als eine Mehrbelastung an und beteiligen sich nicht mehr ganz freiwillig an dieser wichtigen und bedeutsamen Zukunftsaufgabe. Gerade für kleinere Grundschulen ist das ein wirkliches Problem.

Als letzten Punkt möchte ich kurz auf die dritte Phase der Lehrerbildung eingehen. Positiv sehen wird, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur eine Pflicht zur Fortbildung, sondern auch dezidiert das Recht auf Fortbildung eingeräumt wird. Auch die Einrichtung regionaler Zentren und die Wiederaufnahme von fachdidaktischen Fortbildungen im Gesetz ist zu begrüßen. Die aktuelle Beschneidung von staatlicher Fortbildung auf die sogenannten Prio-Themen halten wir bildungspolitisch für den falschen Weg.

Abg. **Christoph Degen:** In der vorherigen Runde wurde das Praxissemester nicht mehr angesprochen. Ich will die Verbände fragen, wie ihre Erfahrungen mit dem Praxissemester bisher sind, welche Kenntnisse sie über Rückmeldungen und Evaluationen haben. Eben wurde schon etwas zur Zukunft des Praxissemesters gesagt. Ich möchte wissen, wie sie die bisherigen Erfahrungen dazu einschätzen und welche Kenntnisse sie darüber haben.

Frau **Weber-Laßmann:** Zum Praxissemester kann ich kurz etwas aus Gesprächen mit denen berichten, die aktuell am Praxissemester teilnehmen und denen ich aufgrund meiner eigenen Tätigkeit an Schulen begegne. Die Rückmeldung in diesen Gesprächen war durchgängig so, dass sie zwar in den Schulen sind, sich aber nicht in der gewünschten Intensität auf die schulischen Aufgaben einlassen können, weil sie viele Aufgaben von der Uni mitbekommen, die sie erledigen müssen. Nach Ende des Schulvormittags müssen sie sehr schnell an die Unis zurück, um dort ihre Aufgaben zu erledigen. Ich habe also aus den Erfahrungen der jungen Leute bisher keine positive Rückmeldung. Das ist natürlich nicht repräsentativ, sondern es sind einzelne Anmerkungen. Aber sie geben doch einen deutlichen Hinweis darauf, wie es gesehen wird.

Frau **Gergen:** Ich kann mich in meinen Ausführungen zum Praxissemester meinen diversen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen. Die GEW hat das hessische Praxissemester von Beginn der Erprobungsphase an kritisch begleitet und tut es nach wie vor. Die Argumente sind bereits dargelegt worden.

Ich möchte an der Stelle tatsächlich noch einmal einen Bogen zum Fortbildungskonzept der SPD schlagen, das wir als GEW sehr begrüßen. Insbesondere gilt das für die Idee der regionalen Kompetenzzentren und der Kollegs mit der Grundidee, die verschiedenen Fortbildungsangebote, die an der Lehrkräfteakademie, an den Studienseminaren und auch an Universitäten existieren, zu bündeln und zusammenzuführen. Das wiederum würde auch den Lehrerinnen und Lehrern, die die Begleitung des Praxissemesters durchführen, sehr zugutekommen. Es gibt diverse Studien, die belegen, dass eine erfolgreiche Praxisphase mit der erfolgreichen Begleitung steht und fällt. Wir würden uns sehr wünschen, dass die Lehrerfortbildung gemeinsam mit dem Konzept des Praxissemesters gedacht und durchgeführt wird.

**Vorsitzende:** Wir sind damit am Ende des dritten Blocks. Ich rufe den vierten Block auf. Hier liegt mir eine Zusage des Hessischen Industrie- und Handelskammertages vor. Frau Maren Frangen, bitte.

Frau **Frangen:** Ich möchte den Blick noch mal auf ein anderes Thema lenken, nämlich auf die Berufsorientierung, die unseren Mitgliedsunternehmen der Hessischen Industrie- und Handelskammern besonders am Herzen liegt. Die Lehrkräfte verantworten die Umsetzung einer erfolgreichen Berufsorientierung im Unterrichtsalltag. Um die Schülerinnen und Schüler bei diesem Übergang in die Berufswelt fachkundig begleiten zu können, benötigen sie aus unserer Sicht den ständigen Austausch mit der Wirtschaft und der Arbeitswelt. Nur mit gut ausgebildeten und motivierten Lehrern, die eine reale Vorstellung von der Arbeitswelt haben, ist eine stabile Fachkräftesicherung letztlich möglich. Deshalb fordern wir den Bezug zur Arbeitswelt in allen drei Phasen der Lehrerbildung. An der Stelle könnte sicherlich noch mal nachgebessert werden.

Wir finden es gut, dass das Thema Arbeitslehre in den Fächerkanon der Gymnasien aufgenommen wurde, weil es ein Ankerfach für die Berufsorientierung ist. Gleichwohl geht uns das noch nicht weit genug. Wir fordern die thematische Verankerung von Berufsorientierung in allen Fächern, weil es ein absolutes Querschnittsthema ist. Wir wünschen uns, dass alle Lehrkräfte unabhängig von dem Fach für diese wichtige Aufgabe sensibilisiert und qualifiziert werden.

Wir begrüßen das Recht auf Fortbildung ganz ausdrücklich, fragen uns aber, wie sichergestellt wird, dass die Lehrkräfte davon tatsächlich Gebrauch machen. Wir bieten selbst Fortbildungen zum Thema Berufsorientierung an und erleben oft, dass das Interesse der Lehrkräfte sehr groß ist und wir Anmeldungen bekommen. Oft kommen dann aber kurzfristige Absagen, weil der Alltag an den Schulen mit Krankheitsfällen und generellem Lehrermangel es nicht erlaubt, sich dafür freizunehmen. Dazu muss ich Ihnen nicht mehr sagen, glaube ich.

Außerdem wünschen wir uns im Bereich der Fortbildungen ein verbindliches Betriebspraktikum. Ein Betriebspraktikum ist in der ersten Phase schon vorgeschrieben. Wir wünschen uns das auch für die dritte Phase. Nur so kann ein Lehrer seinen Bezug zur realen Arbeitswelt aufrechterhalten.

Kurz zusammengefasst fordern wir eine stärkere Verankerung der Berufsorientierung in allen drei Phasen. Wir selbst bieten schon einige Fortbildungen über unser Projektbüro „berufliche Orientierung in Hessen“ an. Das tun wir gerne. Das tun wir auch weiter. Wir können das aber inhaltlich nicht komplett abdecken und fordern daher, dass das Land das übernimmt, weil wir das als originäre Aufgabe des Landes sehen.

**Vorsitzende:** Für die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände hat sich Herr Kühnel angemeldet.

(Zuruf: Ist schon gegangen!)

– Er ist schon gegangen. – Gibt es Wortmeldungen zu den Ausführungen von Frau Frangen? – Das sehe ich nicht. Dann sind wir am Ende des Blocks vier. Ich rufe Block fünf auf. Mir liegt die Zusage der Vereinigung der Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten des Landes Hessen vor. Angemeldet ist die stellvertretende Vorsitzende Frau Marion Weßling. Sie haben das Wort.

Frau **Weßling:** Die Ausbildung gehört nicht zu unserem Kerngeschäft. Deswegen möchte ich nur drei Punkte nennen, die aufseiten der staatlichen Schulämter wichtig sind. Ich denke, dass eine frühe Berührung mit der Schulpraxis auf jeden Fall erfolgen sollte. Das muss nicht zwingend durch ein Praxissemester sein. Die Argumente dafür, das nach hinten zu verschieben, leuchten durchaus ein. Aber ich finde es wichtig, möglichst zeitig eine falsche Berufswahl korrigieren zu können. Das sehen wir immer wieder. Damit wird keiner glücklich – weder die Lehrkräfte noch die Schülerinnen und Schüler.

Das Zweite ist, dass die fachwissenschaftliche Ausbildung auf jeden Fall in ihrer Tiefe gewahrt bleibt. Dazu hat Frau Professorin Dr. Dolle schon einiges gesagt.

Das Dritte ist, dass nach wie vor gute Möglichkeiten bestehen bleiben, den Quereinstieg zu organisieren. Ich teile die Ansicht von Herrn Lenz, dass Nachqualifizierungsmaßnahmen aus dem einen oder anderen Grund immer wieder nötig sein werden. Informatiker werden z. B. in der Industrie gerne genommen und in der Regel besser bezahlt.

**Vorsitzende:** Als nächste Zusage liegt mir die von Herrn Andreas Lotz vom Hessischen Philologenverband vor. Ist er anwesend?

Herr **Lotz:** Von unserer Seite ein klares Ja zur Professionalisierung der Lehrkräftebildung. Wir stehen dahinter. Allerdings brauchen wir keine Überlastungsanzeigen von Studierenden, sondern gut vorbereitete Studierende. Deshalb ist es gut, zu schauen, was man heutzutage als Lehrkraft braucht. Das ist nicht ständig eine neue Aufgabe nach der anderen. Im Zusammenhang mit multiprofessionellen Teams muss geschaut werden, welche Aufgaben verlagert werden können, sodass sich eine Lehrkraft nicht ständig um noch mehr kümmern muss.

Zur zweiten Phase hat mir die Formulierung mit dem Bewertungsmarathon in der Vorlage sehr gut gefallen. Auch das unterstützen wir und sprechen uns für eine authentische Unterrichtsmethodik aus: Es soll also nicht jeder Lehrkraft eine Idee, pädagogische Methode oder Mode übergestülpt, sondern geschaut werden, was eine Lehrkraft mitbringt und wie sie das in ihrem Rahmen gut einsetzen kann.

Zur dritten Phase ist zu überlegen, ob man ein Studiensemester für Lehrkräfte einführen könnte. Es dient der Vertiefung von Inhalten, die man für sich neu entdeckt hat, um sie dann professionell anzugehen und nicht nur mit einem Buch in den Sommerferien daran zu arbeiten.

**Vorsitzende:** Angemeldet für die Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen in Hessen sind die Vorsitzende Frau Annette Greilich und Martina Holl.

Frau **Holl:** Wir haben mit der Brille der Berufsschullehrkräfte auf den Gesetzentwurf geschaut und sehen Licht und Schatten.

Ich sehe keine Anhaltspunkte oder gar empirische Untersuchungen, die belegen könnten, dass die Umstellung auf Bachelor und Master die Ursache für den Mangel an Lehrkräften ist. Das ist ein struktureller Mangel, der unter anderem auch damit zusammenhängt, dass es natürlich attraktive Angebote in der Wirtschaft gibt und es für Ingenieure durchaus interessant ist, sich dort beruflich zu betätigen.

Im beruflichen Lehramt gibt es kein Praxissemester. Das wird auch nicht erprobt. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit studienbegleitenden Praxisphasen gemacht. Ich möchte die institutionalisierte Kooperation der ersten und zweiten Phase hervorheben. Wir haben im Moment die Möglichkeit, sie mit der Uni Frankfurt zu erproben und verzeichnen damit sehr gute Ergebnisse.

Erste Phase: Große und kleine Fachrichtungen könnten im beruflichen Lehramt zielführend sein, also neben Bautechnik z. B. Holztechnik als kleine Fachrichtung. Gerade für technikaffine Studierende ist das durchaus interessant.

Zweite Phase: Bewertungsfreie Räume zu schaffen, halten wir für sinnvoll und wichtig.

Stärkung der Beratungsanteile: Gerade im beruflichen Lehramt scheint es uns wichtig zu sein, die Spielräume für Individualisierung zu erhöhen. Aktuell haben wir an den Studienseminaren deutlich mehr als 50 % der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die kein – kein! – Lehramtsstudium absolviert haben. Insofern ist das unsere Realität. Die weicht an der Stelle sehr von den anderen Lehrämtern ab.

Dritte Phase: Aus unserer Sicht sind weitere Strukturreformen nicht zielführend. Stattdessen sollte es darum gehen, sich auf nachhaltige und unterrichtswirksame Formate zu fokussieren und den beruflichen Schulen die Mittel an die Hand zu geben, um individuelle und zum Teil berufsbezogene Fortbildungen anzubieten. Dann reichen die Fortbildungsbudgets der beruflichen Schulen eben nicht aus.

Unser Fazit: Wir haben einen strukturellen Mangel. Da hilft auch kein Modernisierungsgesetz, sondern es braucht zum Teil andere Maßnahmen. Ich will nur zwei nennen: einen geregelten Quereinsteiger-Master – hessenweit – oder auch finanzielle Anreize, die selbstverständlich nicht in ein Gesetz gehören. – Das würde uns helfen.

**Vorsitzende:** Die nächste Zusage auf meiner Liste ist die von Herrn Thomas Schwarze vom Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen.

Herr **Schwarze:** Entschuldigung, dass unsere Stellungnahme nicht schriftlich vorliegt. Warum das der Fall ist, führt jetzt zu weit. – Seit über zehn Jahren hat der Landesgesetzgeber versäumt, das Lehrerbildungsgesetz auf die in diesem Zeitraum geänderten Anforderungen im Schulsystem anzupassen bzw. zu aktualisieren. Deshalb begrüßt der Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen diesen Gesetzentwurf zur Modernisierung der Lehrkräftebildung.

Der Veränderungstakt in der heutigen Gesellschaft ist schneller geworden und nimmt weiter zu. Darauf muss Schule und muss auch ein Lehrerbildungsgesetz Rücksicht nehmen. Niemand kann bestreiten, dass die Welt anders geworden ist, während das gegenwärtige Bildungssystem vor Jahrzehnten entwickelt wurde. Schulen werden sich der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen müssen. Träger eines Schulsystems sind stets die engagierten Lehrkräfte, die schon immer versucht haben, individuell und fördernd auf die Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Der hessische Bildungsgipfel sowie zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen der letzten Jahre haben klar herausgearbeitet, dass die hessische Lehrkräftebildung im Jahr 2019 weiterhin nicht auf der Höhe der Zeit ist. Hier besteht dringend Handlungsbedarf für eine Neufassung.

Die hessischen Gesamtschulen sind neben anderen zentralen Aufgaben hauptverantwortlich für Inklusion, Integration, Berufsorientierung, Heterogenität und vieles mehr. Die dafür erforderlichen Kompetenzen lassen sich in der augenblicklichen Ausbildung nicht annähernd erwerben bzw. vermitteln. Wir begrüßen es sehr, dass das Lehramtsstudium mit dem Masterabschluss und der Vorbereitungsdienst mit einer Staatsprüfung abgeschlossen wird. Eine einheitliche Studiendauer sorgt auch für eine gerechte und einheitliche Vergütung aller Kolleginnen und Kollegen. Bei gleicher Studiendauer für unterschiedliche Lehrämter gibt es keinen Hinderungsgrund mehr, Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt für Haupt- und Realschulen eine Beförderung auf A 14 – eine Forderung, die der Arbeitskreis schon seit Jahren stellt – zu verweigern.

Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen begleiten die erste und zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Berufseingangsphase. Es ist dringend notwendig, dass diese zusätzliche Aufgabe für Kolleginnen und Kollegen durch entsprechende Entlastungen für Beratung und Reflektion von Unterricht vergütet wird.

Wir begrüßen natürlich die Einführung des Faches Sonderpädagogik in allen Lehrämtern. Wir begrüßen auch, dass das Bachelorstudium polyvalent angelegt ist und auch für Berufsfelder außerhalb der Schule befähigt. Dieses Szenario ist z. B. aus Baden-Württemberg bekannt und hat sich dort bewährt.

Die pädagogische Ausbildung dauert 21 Monate. Die Dauer der verlängerten Praxisphase kann auf die Dauer des Vorbereitungsdienstes angerechnet werden. Das heißt, der Vorbereitungsdienst kann verkürzt werden. Dies sehen wir durchaus kritisch.

Unsere Forderung, die Unterrichtsstunden der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst nicht auf die Stellenzuweisungen anzurechnen, finden wir in § 37 dieses Gesetzentwurfes wieder und begrüßen dies ausdrücklich.

Die Forderung, das Studium für das Lehramt am Gymnasium durch den Fächerkanon Arbeitslehre sowie Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache zu erweitern, ist der richtige Schritt, um auch im gymnasialen Bildungsgang eine qualifizierte Verankerung der Berufs- und Lebensweltorientierung anzustreben.

In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob auch das Fach Gesellschaftslehre, das verbindende und zentrale Fach der Gesamtschule, als Studienfach angelegt werden kann. Der Lernbereich ist kein die Einzelfächer Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde ersetzendes Gesamtfach und keine bloße Versammlung dieser Fächer. Seine Didaktik ist nicht die Summe der einzelnen Fachdidaktiken. Daraus ergibt sich nach unserer Meinung die Notwendigkeit, auch dieses Fach als Studienfach anzulegen.

Unserer Meinung nach ist der vorliegende Gesetzentwurf zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen der richtige Weg, um auf die veränderte Lebenswelt zu reagieren.

**Vorsitzende:** Als Nächstes liegt mir die Zusage des bak Lehrerbildung Hessen vor. Landessprecher ist Herr Martin Böhne.

Herr **Böhne**: Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass unsere schriftliche Stellungnahme bezüglich des Modernisierungsgesetzes nicht vorliegt. Das hatte infrastrukturelle Gründe. So will ich es mal bezeichnen.

Grundsätzlich begrüßt der bak die Entscheidung, die Lehrerbildung zu modernisieren. Das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir begrüßen auch grundsätzlich das, was strukturell über dem gesamten Gesetz schwebt, nämlich den deutlichen Versuch der Vernetzung, der Stärkung der Kooperation. Das hat Herr Professor Horz vorhin schon deutlich gemacht. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das zu institutionalisieren, um angesichts der erhöhten inhaltlichen Thematiken Möglichkeiten zu finden, ohne gleichzeitig die Studierenden und die Referendarinnen und Referendare zu überlasten. Das ist ganz wichtig.

Ich werde mich schwerpunktmäßig und sehr kurz auf die Aussagen beziehen, die die zweite Phase betreffen. Ich selbst komme direkt aus der Praxis. Von daher möchte ich hier nicht die Abschaffung der Modularisierung gefordert sehen.

Zur Darstellung der vier Stränge, davon zwei Strängen Fachdidaktik, einem Strang Allgemeinpädagogik und einem Strang Beratung, Coaching, Selbstreflektion und Reflektion: Inhaltlich betrachtet halten wir – das sind gemeinsam erarbeitete Papiere aller hessischen Seminarleitungen – die vier Stränge für sehr geeignet, um auf die geänderte Klientel, die an unsere Seminare kommt, korrekt und sinnvoll zu reagieren.

Ebenfalls als sehr sinnvoll erachten wir die Reduzierung dessen, was Sie als Bewertungsmarathon bezeichnen. Wir finden es sehr gut, dass je zwei unbewertete Unterrichtsbesuche den LiV zunächst einmal die Möglichkeit geben, sich zu finden, sich auszuprobieren und nicht gleich unter Bewertungsdruck zu stehen. Das führt aus unserer Beobachtung doch sehr häufig zu dem, was wir als ausbilderorientierten Unterricht bezeichnen. Das ist sicherlich nicht im Sinne einer selbstorganisierten Ausbildung.

Wir finden es weiterhin sehr sinnvoll, bei der Lehrerbildung dreiphasig zu denken. Das war bei der SPD vor einigen Jahren schon einmal anders, wie ich mich entsinnen kann. Ich bin sehr dankbar dafür. Wir müssen grundsätzlich noch mal darüber nachdenken, was direkt und ganz konkret in die einzelnen Phasen gehört. Ich glaube, da ist noch keine Einigkeit hergestellt. Was ist z. B. eigentlich Praxis? Was verstehen wir unter dem Begriff der Praxis, wenn wir uns mit der Hochschule beschäftigen? Was verstehen wir in der Ausbildung und was im Beruf selbst darunter? Darüber könnten wir noch sinnvoller nachdenken.

Ich sehe die Gefahr der Aufblähung. Das Ziel der Lehrerausbildung ist ja enorm gewachsen. Das wurde hier schon mehrfach angesprochen. Irgendwann ist das Fass auch mal voll. Rabelais hat mal gesagt:

Kinder

– und damit genauso die Erwachsenen –

sind keine Fässer die gefüllt, sondern Feuer die entfacht werden wollen.

Darin ist eher eine Aufgabe zu sehen. Da stimme ich mit Herrn Lenz überein. Das hier aufzulisten und einzufordern, halte ich nicht für sinnvoll und auch nicht für machbar.

Was muss eine LiV, also eine Lehrkraft im Vorbereitungsdienst, können, wenn sie in die Schule gehen soll? Wir sind noch nicht so weit, dass wir das für alle Lehrämter sehr deutlich sagen können.

Ich muss so einige Vorwürfe deutlich zurückweisen, die der Lehrerbildung gegenüber gemacht wurden. Das gilt für die Aussage, wenn die LiV von der Universität zu uns kommen, würden wir sagen, jetzt beginne das richtige Leben. Wenn so etwas mal gesagt wurde, dann maximal ironisch. Das ist sicherlich nicht die Einstellung. Ich glaube, da spreche ich für alle Studienseminare in Hessen. Wir schätzen die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen sehr wohl und freuen uns, wenn die LiV zu uns kommen.

Zur Praxisphase ist schon vieles gesagt worden. Ich möchte noch mal deutlich machen, für mich ist die Struktur nicht so wichtig. Für mich ist die Frage wichtig, wie das Ganze gemacht wird. Solange die Praxisphasen an den Schulen nicht vernünftig betreut werden, sind sie aus meiner Sicht nicht sehr ertragreich.

Toll ist natürlich die Verankerung der Nichtanrechnung von LiV auf die Schulzuweisung. Das wäre für uns der Himmel; denn dann könnte man wirklich all das konzertiert und strategisch in der Ausbildung einführen, was eigentlich das Lernen erst möglich macht, wie wir aus vielen Untersuchungen wissen. Die Erfahrungen zu machen, ist das eine. Dann darüber mit einem erfahrenen Kollegen oder einer erfahrenen Kollegin zu sprechen und zu reflektieren, um das Gelernte wieder in der Praxis auszuprobieren, ist nach dem, was wir im Moment wissen, der Weg, wie Lernen im Vorbereitungsdienst funktionieren soll. Vielen Dank dafür.

Wir beklagen schon seit einiger Zeit, dass Studienseminare von der Struktur her als regionale Niederlassungen betrachtet werden. Die SPD hat es nicht so formuliert, als ob das geändert werden soll.

**Vorsitzende:** Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ich habe Ihnen schon zwei Minuten mehr Zeit gegeben.

Herr **Böhne:** Entschuldigung. – Darüber würde ich noch mal nachdenken. Wir brauchen selbstständige Dienststellen, die den modernen Gegebenheiten eher entsprechen als regionale Niederlassungen.

**Vorsitzende:** Die nächste Zusage kommt vom Deutschen Lehrerverband, von Herrn Jürgen Hartmann.

Herr **Hartmann:** Ich versuche, mich kurz zu fassen. – Der dlh möchte zum Ausdruck bringen, dass er es nicht als vertane Zeit ansieht, sich hier im Ausschuss einzubringen. Er stellt fest, dass der Zeitpunkt der Einbringung durch den Verfasser dieses Gesetzentwurfs günstig gewählt war, um auf die eigenen Vorstellungen aufmerksam zu machen. Dies erscheint nach der Diskussion zur ersten Debatte über diesen Gesetzentwurf auch gelungen. Alle Fraktionen sowie die beteiligten Verbände und Organisationen haben sich mit ihm beschäftigt.

Obwohl der dlh den Gesetzentwurf ablehnt, möchte er mündlich einige wenige Punkte in der Hoffnung bekräftigen, sie mögen Eingang in den demnächst folgenden Gesetzentwurf der Regierungsfractionen finden.

§ 37 Abs. 4, der vorsieht, den Vorbereitungsdienst in keiner Weise den Ausbildungsschulen anzurechnen, sieht der dlh, wie in seiner schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, als positiv an, bietet sich doch damit die Möglichkeit, individueller auf die jeweiligen Bedürfnisse der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst bezüglich ihrer Ausbildung einzugehen. Dies verleiht den Schulen ein Mehr an Zeit, die für die Entlastung der Kollegien zur Verfügung stünde, so wie die kürzlich auf Wirken des hessischen Philologenverbandes eingeführte Mentorenentlastung.

Auch der im Gesetzentwurf vorgesehenen Beibehaltung des 21 Monate dauernden Vorbereitungsdienstes kann der dlh etwas Positives abgewinnen. Dies bedeutet zumindest keine Verkürzung dieser wichtigen Zeit in Ausbildung.

Hinweisen möchte der dlh noch auf die Tatsache, dass eine Einschränkung der Ausbildung auf ein Fach bei der vorgesehenen Einrichtung eines Modellstudiengangs die Flexibilität beim Unterrichtseinsatz an weiterführenden Schulen stark einschränkt.

**Vorsitzende:** Die nächste mir vorliegende Zusage stammt von der Landesvorsitzenden des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen, Frau Monika Otten.

Frau **Otten:** Das Lehramt an beruflichen Schulen wird seit mehr als zehn Jahren mit einem Bachelor bzw. Master abgeschlossen. Das hat aber keine Auswirkungen auf die Steigung der Anzahl der Studierenden. Im Gegenteil steigt der Fachkräftebedarf in den beruflichen Fachbereichen gewerblich-technisch, Sozialpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Die Anforderungen in den Lehrämtern sind sehr spezifisch. Für das Lehramt an beruflichen Schulen gilt der Bildungsauftrag für alle Bildungsangebote vollschulisch und dual. Da gilt es, neben der Entwicklung von Personal, sozialen Methoden und Lernkompetenz sowie Fachkompetenz im allgemeinen Unterrichtsfach auch spezifische berufliche Handlungskompetenz, berufliche Fachkompetenzentwicklung zu ermöglichen. Damit ist eine ständige Lernortkooperation zu pflegen, ein Netzwerk mit abgebenden Schulen, mit Universitäten, Institutionen von Wirtschaft und Verwaltung zu bilden und zu erhalten, und zwar neben der Kommunikation und Zusammenarbeit mit Eltern in vollschulischen Ausbildungsgängen von der Berufsvorbereitung bis zur Allgemeinen Hochschulreife.

Die Herausforderungen an unsere Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt an beruflichen Schulen sind im Vergleich zu anderen Lehrämtern erheblich erweitert.

Wir stimmen einer Änderung der Lehramtsstudiengänge für das Lehramt am Gymnasium zu, und zwar in Angleichung an den Lehramtsstudiengang für berufliche Schulen vor dem Hintergrund der notwendigen Vertiefung fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kompetenzerwerbs für die Sekundarstufe II mit dem Anspruch der Studierfähigkeit.

Ebenfalls stimmen wir beim Lehramt Förderpädagogik zu, aber mit der Maßgabe der Begleitung inklusiver Schulentwicklungsprozesse in allen Schulformen und Schulstufen.

Gestufte Studiengänge für Grund-, Haupt- und Realschulen werden seitens des GLB mit folgender Begründung abgelehnt: Eine Erweiterung der Studiendauer mit fachwissenschaftlichem und fachdidaktischem Kompetenzerwerb im Bachelorstudium mit dem Ziel der Polyvalenz widerspricht der Konzentration auf intensive Vorbereitung für die Arbeit in heterogenen Lerngruppen, auf Konzepte der inklusiven Schule und Ganztagschulpädagogik, auf den Lernbereich Erziehung, Beratung und Betreuung auch im curricularen Angebot der Universitäten, auf eine Intensivierung methodischer, medienpädagogischer und digitaler Kompetenzentwicklung, um einer kompetenzorientierten, lehramtsbezogenen Ausbildung für Haupt-, Grund- und Realschulen entsprechen zu können.

Zu den finanziellen Auswirkungen im Hinblick auf gestufte Studiengänge für allgemeine Lehrämter sollten die Mehrkosten unseres Ermessens nach in Erweiterung der Stellen für Schuldirektoren und Rektoren durch eine Senkung der Mindestschülerzahl einer Schule, durch Zulagen für die Übernahme besonderer Verantwortlichkeiten, die Einstellung von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiterinnen, Stellenzuweisungen von Lehrkräften mit dem Lehramt Förderpädagogik, die Ermöglichung multiprofessioneller Teams, die Erweiterung der Stellen und Zuständigkeiten für Schulpsychologinnen und die Beschäftigung von Technikern für Einrichtung und Support intensiviert werden.

**Vorsitzende:** Ich blicke auf die Uhr. Die fünf Minuten sind um.

Frau **Offen:** Die Nichtanrechnung im Vorbereitungsdienst sehen wir natürlich auch positiv. Eine weitergehende Entlastung von Mentorinnen fänden wir ebenso wünschenswert.

**Vorsitzende:** Die bildungspolitischen Sprecher haben mich darauf hingewiesen, einzugreifen, wenn die fünf Minuten überschritten werden und darauf hinzuwirken, dass möglichst eine Redezeit von drei Minuten eingehalten wird. Deshalb habe ich interveniert. – Als Nächstes liegt mir die Zusage des Grundschulverbandes der Landesgruppe Hessen vor. Für den Vorstand spricht Herr Mario Michel.

Herr **Michel:** Sie können sich vorstellen, ich als Grundschullehrer, Grundschulleiter und Mitglied des Grundschulverbandes habe natürlich mit einem ganz breiten Grinsen gelesen; denn in der Ausführung stand, dass mittelbar eventuell die A 13 für den Grundschullehrer kommt.

Die Verlängerung des Studienganges soll natürlich nicht nur die Rechtfertigung für die A 13 sein. Da kann ich mich Herrn Wesselmann absolut anschließen. Die gesellschaftspolitischen Veränderungen haben dazu geführt, dass in der Grundschule viele, viele neue Aufgabenfelder hinzugekommen sind und die Referendare in ihren Anfängen ganz schnell damit überfordert sind. Von daher muss im Studienbereich geschaut werden, wie man auf diese strukturellen Veränderungen eingehen kann. Das sind keine vorübergehenden Erscheinungen, sondern Erscheinungen, die uns die nächsten 20, 30, 50 oder 100 Jahre noch beschäftigen werden.

Insbesondere steht bei mir als Schulleiter ganz klar die Inklusion ganz, ganz weit vorne bei den Themen, bei denen wir im Grundschulstudium noch Nachholbedarf haben. Das sehen wir immer dann, wenn die Referendare zu uns kommen, mit dem DFB-Modul arbeiten müssen und damit noch Schwierigkeiten haben.

Ich wäre sogar dafür, die Zeit der zweiten Ausbildung im Gegenteil wieder auf die zweijährige Dauer zu verkürzen. Das hatten wir schon. Ich glaube, das ist eine Sache, bei der man nicht darüber nachdenken kann, ob man einem Studenten oder einem Referendar zu viel Zeit zumutet. Man muss sehen, welche Qualität es nachher in den Schulen gibt. Das ist wichtiger als zu sehen, dass jemand keine Lust hat, das eine oder andere Semester länger zu studieren oder den einen oder anderen Monat mehr Vorbereitungsdienst zu absolvieren. Das ist für mich das Entscheidende.

Der Gesetzentwurf soll und kann ja nicht dazu führen, den Lehrermangel auszugleichen. Das ist gar nicht das Ansinnen. Die Qualität der Lehrerausbildung muss einfach den Anforderungen, die mittlerweile insbesondere an der Grundschule gegeben sind, angepasst werden.

**Vorsitzende:** Die letzte Zusage in diesem Block liegt mir von der Vizevorsitzenden des Interessenverbandes Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter, Frau Cornelia Seedig, vor.

Frau **Seedig:** Ich unterstelle, dass Sie alle die Stellungnahme gelesen habe, ich sie also nicht zusammenfassen muss. Ich möchte deshalb nur ein paar Punkte herausgreifen, bei denen ich den Eindruck habe, es macht aus unserer Sicht Sinn, sie noch einmal klarzustellen.

Für den Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter ist es eigentlich egal, ob es Bachelor, Master oder Staatsexamen heißt. Es geht darum, dass die Inhalte, die fachwissenschaftlich notwendig sind, nicht geschwächt werden. Man muss immer daran denken, dass die Fachwissenschaft in einem langen Berufsleben womöglich sonst dürrig wird. Es ist aber sehr, sehr viel hinzugekommen. Das brauchen wir hier nicht auszuführen. Das muss in das Studium eingebaut werden. Eine gestufte Variante erscheint uns deshalb sinnvoll, weil sie eine Durchlässigkeit ergeben sollte, wie auch immer das formal geregelt ist, damit die Schulformentscheidung spät fällt.

Dass eine erkleckliche Anzahl von Studenten, die ursprünglich einen anderen Beruf ergreifen wollte, dann doch Lehrer werden will, erwarten wir gar nicht. Aber die Schulformentscheidung soll aus einem ganz einfachen Grund erst später fallen. Wir erleben bei der Lehrerausbildung ständig diesen Schweinezyklus. Als ich Schülerin war, fiel unheimlich viel Unterricht aus. Dann haben alle auf Lehramt studiert. Als ich mit dem Studium fertig war, kam ich gerade noch vor dem zehnjährigen Einstellungsstopp an die Schule.

Wenn wir eine Durchlässigkeit und eine spätere Entscheidung über die Schulform haben, haben wir damit eine Möglichkeit, besser auf alle möglichen Veränderungen zu reagieren. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Ergänzungsprüfung und der Weiter-, Aus- und Fortbildung durch Lehrkräfteakademien, damit man zeitnäher an die Probleme herankommt.

Wenn wir davon ausgehen, die Lehrerausbildung wird modernisiert und an die aktuellen Bedürfnisse angepasst, haben wir immer noch Lehrer, die noch 35 Jahre im Dienst sein werden und nicht so ausgebildet sind. Wir müssen unbedingt die Lehrkräfteakademie stärken, damit die aktuellen Lehrkräfte auch an diese Themen herangeführt werden. Wir können nicht abwarten; denn bis dahin sind die nächsten Lehrer in ihrer Ausbildung veraltet.

Dies und damit auch die Vernetzung aller Ausbildungsphasen, also Universität, Studienseminare und Lehrkräfteakademie, scheint uns sehr wichtig. Vieles kann man nicht konkret beurteilen, weil wir über die Inhalte noch gar nicht gesprochen haben. Das müssen dann jeweils Expertenräte machen.

Die Besoldungsangleichung ist schon lange eine Forderung des Interessenverbandes hessischer Schulleiter. Dies würde auch dazu führen, dass der Schulleiter besser bezahlt wird. Es ist im Moment nicht zu rechtfertigen, dass Lehrkräfte unterschiedlicher Ausbildungstypen in einem Kollegium sind, aber unterschiedlich bezahlt werden. Das ist einfach unsinnig.

Bei der Berufsorientierung haben wir den Eindruck, wenn es ein gesondertes Fach Arbeitslehre gäbe, würde das der eigentlichen Intention einer breiten Querschnittsaufgabe schwächen, der sich jeder verpflichtet fühlt, über die jeder Bescheid wissen und die jeder in sein Fach integrieren muss. Es wird für die Schüler dann wieder so eine Schublade, ähnlich wie bei dem Phänomen, dass sie im Chemieunterricht sagen: Ich rechne jetzt nicht; das machen wir doch in Mathe.

Deshalb möchten wir den Bereich der Berufsorientierung eher als Querschnittsaufgabe gestärkt sehen. Das Fach Powi ist noch so ein bisschen sehr unterrepräsentiert im Gymnasium. Das zu stärken wäre leichter, als ein neues Fach mit Curricula und ähnlichem einzuführen.

Die Ausweitung, durch die Förderpädagogik ein Fach ersetzen würde, sehen wir positiv, weil es der gewünschten stärkeren Vernetzung dienen würde. Man hat dann nicht den Fachlehrer und den förderpädagogischen Lehrer, sondern Lehrer, die das Bein in jeder Abteilung haben. Das ist der Hintergrund. Es ist an Schulen allerdings schwierig, wenn ein Kollege nur ein Fach hat. Das ist selbstverständlich.

Abg. **Moritz Promny:** In dem vorherigen Block klang die These an, dass der Lehrermangel auf die Mehrstufigkeit des Studiums im Berufsschulbereich zurückzuführen sei. Die AGD ist schon bedingt darauf eingegangen, dass es da keinen kausalen Zusammenhang gibt. Können Sie Ihre Einschätzung dazu noch mal konkretisieren?

Abg. **Rolf Kahnt:** In der Stellungnahme des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen wird unter dem Punkt Kosten/Nutzen eine finanzielle Auswirkung aufgezeigt: Für die Erhöhung der Studiendauer Mehrkosten in Höhe von 18 Millionen € im Jahr, Mehrkosten von 8.500 € je Stelle, inklusive Vorsorgeprämie und 70 Millionen € für die Anhebung aller Grundschullehrkräfte auf A 13. Für Fort- und Weiterbildung sind ab 2020 zunächst 12 Millionen € einzuplanen. Sie haben in der heutigen Anhörung noch eine Reihe weiterer zusätzlicher und sehr kostenintensiver Stellen auf vielen Ebenen vorgetragen. Mir erschließt sich nicht, wie die Gegenfinanzierung erfolgen soll. Aus welchen Etats geschieht dies bzw. wie sollen diese

Mehrkosten von anderen Kostenstellen gegenfinanziert werden? Gibt es da Ihrerseits konkrete Vorstellungen?

Abg. **Christoph Degen:** Meine Frage geht in die gleiche Richtung wie die von Herrn Promny und richtet sich an Frau Otten und Frau Holl. Es wurde der Lehrermangel an beruflichen Schulen im Grunde als Kronzeuge dafür herangezogen, warum das Bachelor-/Mastermodell nicht helfen würde, um den Lehrermangel an den anderen Schulformen zu beheben. Hat der Lehrermangel an beruflichen Schulen nicht etwas damit zu tun, dass durch die starke Nähe zur Wirtschaft einfach ganz andere Konkurrenz besteht als bei anderen Lehramtsstudiengängen? Ist es nicht auch so, dass anders als bei dem Lehrermangel gerade im Förderschulbereich gar nicht genug junge Menschen ein solches Studium absolvieren wollen und es deswegen in der Tat eine Frage der finanziellen Anreize ist? Wir haben parallel zum Entwurf einen Antrag für ein Hessenstipendium für das Lehramt eingebracht. Der Unterschied ist, im Bereich der Grund- und Förderschulen gibt es genügend junge Leute, die das machen wollen. Es gab nur nicht genügend Plätze. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Abg. **Heiko Scholz:** Wir befürworten die Ergänzung des Fächerkanons um das Fach Arbeitslehre für Gymnasien außerordentlich, da nur so der bestehende Mangel an Fachkräften und der gestiegene Bedarf an Abiturienten in Ausbildungsberufen gestillt werden können. Das war längst überfällig.

Nun ist es aber so, dass das Fach Arbeitslehre an den bestehenden Regelschulen zu ca. 70 % fachfremd unterrichtet wird. Das wird jetzt noch mehr. Der Bedarf wird steigen, wenn wir auch in die Gymnasien gehen. Die thematische Verbindung zwischen Arbeitslehre und Berufsorientierung findet ohnehin schon in den Schulen statt. Ich weiß das, weil ich das Fach selbst unterrichtet habe. Deshalb sollte man das so mit aufnehmen. Welche Vorschläge haben unsere Experten, um Studenten für das Fach Arbeitslehre zu begeistern? Das ist ja das Problem. Das hört sich nicht so gut an wie Mathematik oder Physik. Wie begeistern wir unsere Studenten für das Fach Arbeitslehre, um den Anteil des fachfremden Unterrichts zu verringern?

Frau **Greilich:** Der Mangel an Lehrkräften liegt definitiv nicht am Bachelor und Master. Ich glaube sogar, dass das eine positive Wirkung hat, um den Mangel wenigstens etwas zu bekämpfen. In Gießen gibt es eine sehr gute Kooperation zwischen der THM und der JLU, die es möglich macht, von einem Fachbachelor noch in den Master im Bereich der beruflichen Bildung zu wechseln. Ich glaube, das ist ein guter Weg, um Chancen für junge Menschen zu eröffnen.

Ich weiß nicht, wie lange es noch so ist, aber in den letzten Jahren war und ist auch jetzt erkennbar, dass das, was in Industrie und Wirtschaft gezahlt wird, definitiv attraktiver ist als das, was vom Land Hessen bezahlt wird. Jungen Menschen ist die Sicherheit im Lehrberuf nicht unbedingt wichtiger als der höhere Verdienst.

Gerade für das berufliche Image des Lehrerberufs müssen wir alle etwas tun. Eltern müssen etwas tun. Auch die Politik muss etwas tun, damit der Lehrerberuf wieder attraktiver wird und mehr Anerkennung bekommt. Es muss dringend etwas passieren, um sicherzustellen, dass es reizvoll ist, Lehrer zu werden. Das bezieht sich nicht nur auf das berufliche Bildungswesen.

Wir hatten schon immer Mangel in den Bereichen Elektro und Metall, also in den gewerblichen Bereichen. Wir bekommen jetzt auch Mangel bei den Wirtschaftswissenschaften. Auch da wird es attraktiver, nicht mehr Lehrer zu werden, sondern in die Wirtschaft zu gehen. Aus Sicht der beruflichen Schulen ist es ein großes Problem, dass es Sozialwesen und Gesundheit nicht als Studiengang in Hessen gibt. Wir müssen anderen Bundesländern jemanden „klauen“, um es mal so zu sagen, oder wir brauchen Seiteneinsteiger. Auch das ist ein Problem, warum wir einfach nicht genug Lehrer haben. Aber die Struktur mit Bachelor und Master ist nach unserer festen Überzeugung nicht das Problem.

Frau **Offen:** Der Lehrermangel ist ein Mangel an Attraktivität im Hinblick auf die Besoldung oder die Entgeltzahlung. Auch die Arbeitsbedingungen spielen eine große Rolle. Die Attraktivität der Wirtschaft ist einfach größer, zumal auch dort in bestimmten Bereichen Mangel herrscht, sodass die Bezahlung steigt und dann nicht mehr vergleichbar ist.

Im Hinblick auf die Finanzierung sind wir von folgendem Gedankengang ausgegangen: Wenn die SPD vorschlägt, diese Summen zu investieren, haben wir uns gefragt, was man tun kann, um die Attraktivität zu erhöhen, wenn man es nicht in der von der SPD gewünschten Form macht. Wenn ich die Arbeitsbedingungen verbessere, kann ich den Lehrermangel vielleicht senken. Deswegen gibt es diese Liste mit möglichen Punkten, wie man das Geld auf andere Art und Weise ausgeben kann. Wir haben uns nicht explizit über die Finanzierung Gedanken gemacht, sondern sind von den Summen ausgegangen, die genannt wurden.

**Vorsitzende:** Möchte noch jemand aus diesem Themenblock antworten? – Ich sehe niemanden und schließe Block fünf ab. Wir haben jetzt noch vier Themenblöcke. Die werde ich zusammenfassen, wenn es keinen Widerspruch gibt, und erst am Ende des letzten Themenblocks Fragen zulassen. Damit sind wir bei der Landesschülervertretung und dem Landesschulsprecher Herrn Tom Sohl.

Herr **Sohl:** Wir sehen großen Handlungsbedarf bei dem Thema und sehen daher die Novellierung des Gesetzes als dringend notwendig an. Handlungsbedarf sehen wir vor allem in drei Themenbereichen, nämlich Inklusion, Medienkompetenz und Migration, da sich in diesen Bereichen in den letzten Jahren viel entwickelt hat. Deswegen muss besonders auf diese Bereiche eingegangen werden. Die Asylsituation seit 2015 hat besondere Herausforderungen mitgebracht. Das sehen wir auch als zentralen Punkt, in dem die jungen Leute vorbereitet werden müssen.

Zur Digitalisierung haben wir heute schon genug gehört. Das ist wirklich zentral für uns. Die Lehrkräfte müssen auf den digitalen Klassenraum auch pädagogisch vorbereitet werden. Deswegen sehen wir in diesem Bereich die Erhöhung der Regelstudienzeit als unumgänglich an.

**Vorsitzende:** Als Nächsten rufe ich den Vorsitzenden des Landeselternbeirates Hessen, Herrn Korhan Ekinici, sowie Herrn Großmann auf.

Herr **Großmann:** Der Landeselternbeirat Hessen hat auch eine schriftliche Stellungnahme verfasst, die allerdings leider nicht im Internet zu sehen ist, aber den Fraktionen auf alle Fälle noch zugehen wird. Ich fasse nur ganz kurz unsere Position zu den Dingen zusammen, die die Diskussion berührt haben.

Wir sehen ähnlich wie die Schülervertretung dringenden Handlungsbedarf und freuen uns darüber, dass ein erster Aufschlag stattgefunden hat. Wir sehen es als großen Wert an, dass die Diskussion an dieser Stelle eröffnet ist.

Der Landeselternbeirat hat keine offizielle Meinung dazu, ob z. B. das Studium in eine Bachelor-/Masterstruktur überführt werden sollte oder dazu, wo die einzelnen Praxisanteile im Studium angeordnet werden. Grundsätzlich ist den Eltern wichtig, dass die Lehrerbildung sicherstellt und die Schulen sowohl kurz- als auch langfristig mit ausreichendem und gut ausgebildetem Fachpersonal versorgt sind.

Natürlich fordern wir auf der einen Seite kleinere Klassen. Dafür braucht man auf der anderen Seite mehr Lehrer und Doppelbesetzungen. Wir sehen aber auch die weiteren Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft wie Inklusion, Digitalisierung und eine zunehmend heterogener werdende Schülerschaft, die weitere gut ausgebildete Lehrkräfte benötigt. Das ist eben ein Spannungsverhältnis. Wie kann man es schaffen, einerseits kurzfristig Lücken zu schließen, was sich mit einer längeren Ausbildung reibt, andererseits aber die sehr wichtige langfristig gute Ausbildung zu sichern? Wie das im Detail gelöst werden soll, müssen die Experten klären.

Wir sehen vor allen Dingen, dass sich in dem Papier viele gute Ansätze finden, die sich mit langjährigen Positionen der Landeselternvertretung decken. Den Eltern ist es ganz wichtig, dass die gute Lehrerausbildung nicht am Geld scheitert. Die Kinder sollten uns das wert sein.

**Vorsitzende:** Wir kommen zur Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen. Hierzu ist Frau Ulrike Bargon angekündigt.

(Zuruf: Die ist schon weg!)

– Frau Bargon ist schon gegangen. Dann rufe ich die letzte Stellungnahme in dieser Anhörung auf. Für die Juso-Hochschulgruppen Hessen haben sich Frau Helena Wolf und Frau Lina Straßer angemeldet.

Frau **Wolf:** Unsere schriftliche Stellungnahme ist im Vorfeld schon eingegangen. Wir möchten zunächst der SPD dafür danken, dass es einen Aufschlag zum Lehramtsstudium gibt, da es von unserer Seite aus aktuell große Kritikpunkte gibt und wir gerade dem Bereich der qualifizierten Quereinstiege sehr befürworten.

Wenn es um den Umstieg auf die Bachelor-/Masterstruktur geht, ist natürlich auch von unserer Seite die Masterplatzgarantie entscheidend. Es dürfen keine neuen Konkurrenzen aufgemacht werden. Herr Degen hat vorhin schon angesprochen, dass das ein Punkt ist, der diesem Gesetz nicht widerspricht, sondern es eher erweitern könnte.

Zu aller Kritik, die in Bezug auf den qualifizierten Quereinstieg vorhin schon kamen: Es ist definitiv so, dass wir mit vielen verschiedenen aktuell Studierenden für das Lehramt im Vorfeld gesprochen haben. Alle haben uns positiv zurückgemeldet, dass sie es sehr befürworten würden, sich noch mal entscheiden zu können, ob sie wirklich Lehrerin oder Lehrer sein möchten oder vielleicht doch etwas Fachliches wählen und in die andere Richtung wechseln. Es soll eine höhere Flexibilität bestehen. Keine der Personen, mit denen wir gesprochen haben, hat uns erklärt, lieber schneller mit dem Studium fertig werden zu wollen. Im Gegenteil. Längere Praxisphasen und eine intensivere Vorbereitung auf die Themen Inklusion und Digitalisierung werden als sehr notwendig angesehen. Es wird als sehr positiv betrachtet, ordentlich vorbereitet als Lehrkraft im Unterricht zu stehen und eben nicht vor einer Klasse zu stehen und sich zu fragen, was man da tut. Die Heterogenität der Schülerschaft wird von unserer Seite als sehr positiv wahrgenommen. Wir sollten eher etwas dafür tun, damit unsere Lehrkräfte ordentlich vorbereitet sind, anstatt uns darüber zu beschweren, dass es anders ist.

Längere Praxisphasen finden wir super. Das habe ich gerade schon angesprochen. Wir finden unbezahlte Praktika aber sehr, sehr schwierig. Gerade, wenn es darum geht, dass Praxisphasen eventuell auf Referendariatszeiten angerechnet werden können, die bezahlt werden, muss es noch eine Regelung geben. Ich bin mir aber sicher, dass eine Regelung gefunden kann.

Vorhin wurde schon angesprochen, dass sich viele Studierende sehr frühzeitig in U+-Stellen begeben, um ihr Studium finanzieren zu können und Praxisphasen zu haben. Dem wirkt eine längere Praxisphase auf jeden Fall entgegen. Dafür kann es Lösungen geben. Dementsprechend befürworten wir das klar. Wir befürworten auch ganz klar die finanzielle Stärkung des Grundschulamtes. Gerade viele Studierende im Grundschullehramt überlegen immer wieder, doch zum Gymnasiallehramt zu wechseln, weil die Verdienstmöglichkeiten besser sind.

Die Bildung der Kinder im Land Hessen ist die Zukunft. So begreifen wir es als Studierendenverband. Die Bildung sollte von Anfang an den Stellenwert haben, den sie haben sollte. Deswegen ist das Grundschullehramt mit einer höheren Besoldung von unserer Seite ein sehr wichtiger Punkt.

**Vorsitzende:** Damit sind wir am Ende der Stellungnahmen. Gibt es Fragen der Abgeordneten zu den Stellungnahmen? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Damit sind wir vor 20 Uhr am Ende der zweiten Anhörung.

Ich darf mich noch mal ganz herzlich für die zügigen Beratungen in diesem Ultramarathon von Anhörungen bedanken. Ich bitte die Anzuhörenden, den Raum zügig zu verlassen, damit wir zeitnah mit der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses beginnen können. – Vielen Dank.

Wiesbaden, 2. September 2019

Protokollführung:

Vorsitz:

Michaela Öfftring

Karin Hartmann